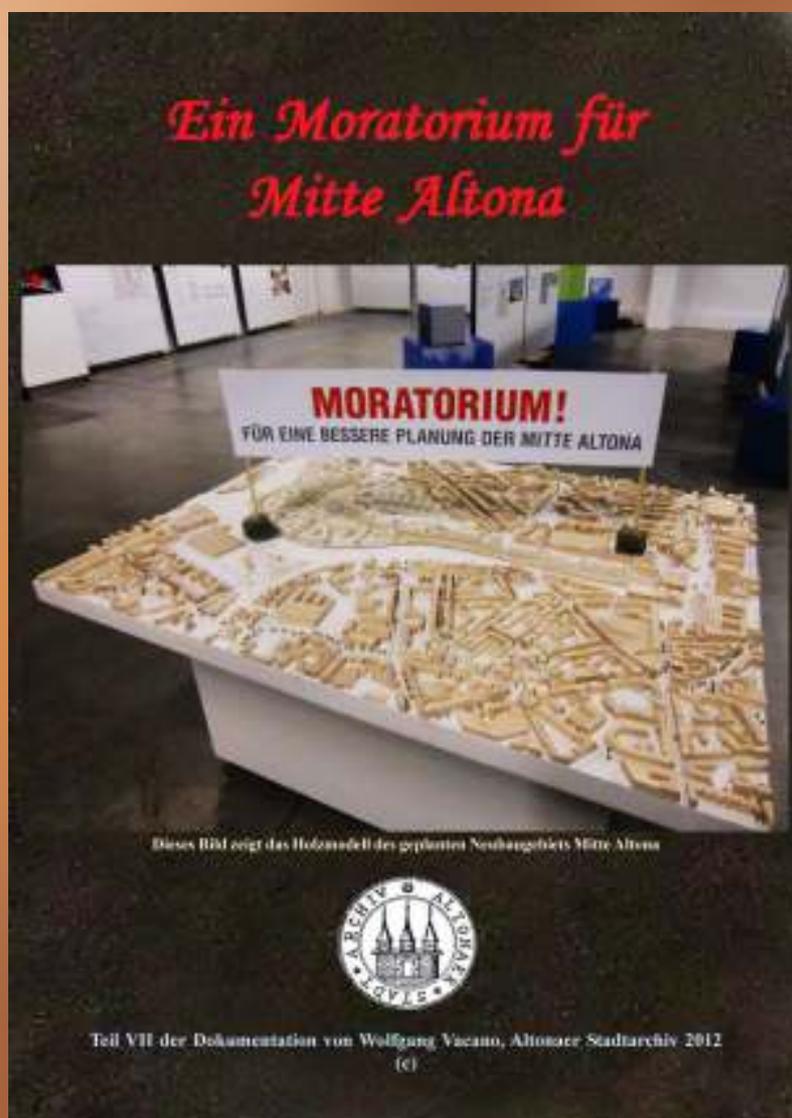


März 2012



# *Mien leeves Altona*

Neuigkeiten aus Altonas Gegenwart und Vergangenheit



„Mitte Altona“, das zentrale Thema im Stadtteil  
Bericht im Innenteil

**Internet-Zeitung Nr. 29**  
des Altonaer Stadtarchivs  
Behringstraße 28 • 22765 Hamburg

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis ...		2
	Moin, Moin, leeves Altona ...	3
<b>Stadtgeschichte:</b>	Mitte Altona - Bericht über das erfolgreiche Bürgerforum ...	4
<b>Stadtgeschichte:</b>	„Eine Mitte für Alle“ ...	32
<b>Stadtgeschichte:</b>	Zur Neugestaltung des Goetheplatzes - Anhörverfahren ...	38
<b>Stadtarchivgeschichte:</b>	Bericht vom Beginn der Sanierungsarbeiten im Stadtarchiv ...	43
<b>Architekturgeschichte:</b>	Hamburger Architekt Fritz Höger baute an der Gr. Bergstraße ...	81

## Werbung Anno dazumals ...

**Altona**  
Gr. Bergstr. 68/74  
Ecke Präsidentenweg

Die neuesten Modelle in  
**Anzügen**  
**Mänteln, Paletots**  
vollendetster Ausführung

Jede Größe am Lager  
von **38.-** bis **125.-**

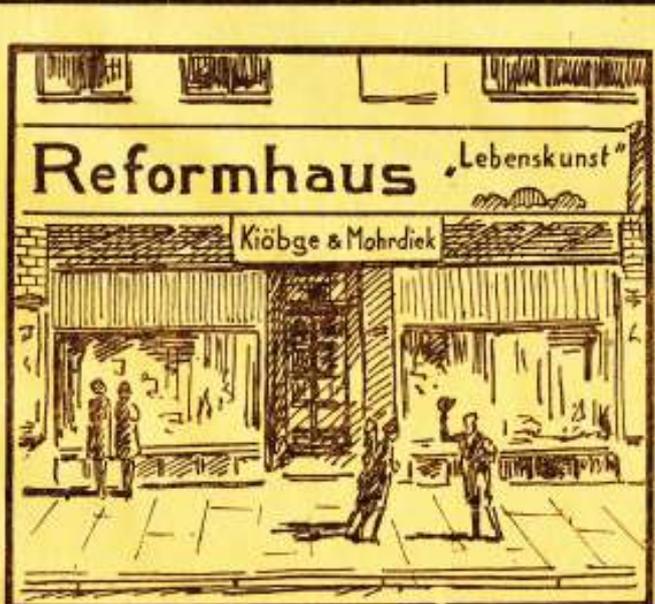
**Sportbekleidung**  
Anfertigung nach Maß

**Für Jeden das Richtige!**

# Otto Tänzer

## Herren- und Knaben-Bekleidung

**Hamburg**  
Spitalerstraße 12  
2 Min. vom Hptbf.



Jünglings- und Knaben-  
**Anzüge, Paletots**  
ganz moderne Sachen  
zu sehr  
**billigen Preisen**

**Windjacken**  
in allen Ausführungen  
und Preislagen

**Regenmäntel, Lodenmäntel**

**Hosen**  
in jeder Form, Breeches  
Knickerbockers

**Für Jeden das Richtige!**

Um diese Werbeanzeige einschätzen zu können, muss man sich in das - für Altona wichtige - Jahr 1927 zurückversetzen. Erinnern wir uns daran, dass aus Altona in diesem Jahre durch zahlreiche Eingemeindungen (bis Rissen) ein „Groß-Altona“ wurde, also eine deutsche Großstadt. Mit diesem Thema beschäftigten sich im Juli 1927 dann auch die „Altonaer Nachrichten“, die in diesem Jahre ihr fünfzigjähriges Bestehen feierten. In der Jubiläumsausgabe konnten damals aufmerksame Leser die o. a. Anzeige entdecken, die für die Herren- und Knaben-Bekleidung des Geschäfts von Otto Tänzer warb. Was für ein Name für so ein Geschäft. In jedem Falle garantierte der eine hohe Merkfähigkeit. Zugleich ist diese Annonce von der Gestaltung her so ziemlich einzigartig in dieser Zeit. Denn sie umschließt eine Anzeige des Reformhauses Kiöbge & Mohrdiek. Im Jahre 2012 erinnert nur noch diese Anzeige an diese beiden Firmen am Rande der Gr. Bergstraße. Leider.



## **Moin, Moin leeve Altona-Fans,**

wie Sie bemerken konnten, haben wir unser Versprechen gehalten und erscheinen nun monatlich mit unserer beliebten Schriftenreihe. Niemand kann sagen, dass in Altona nichts los ist. Denn seit Monaten tobt in keinem anderen Stadtteil Hamburg „so das Leben“ wie in Altona!

Wer die Weiterentwicklung dieses Stadtteils aufmerksam begleitet, weiß, dass nicht nur das riesige **Projekt IKEA** immer weiter vorangetrieben wird, obwohl sich inzwischen der Winter mit Eis, Schnee und Kälte über die Baustelle gesenkt hat.

Nun ist die **Neugestaltung des sog. „Goetheplatzes“** zum IKEA-Projekt hinzu gekommen. Ein neues zusätzliches Problemfeld? Wie es derzeit aussieht, wird das für das Altonaer Baudezernat kein einfacher „Durchmarsch“. Siehe dazu den Bericht im Innenteil. Dabei ist noch ein weiteres Mammutprojekt in das öffentliche Be-

wusstsein gedrungen, obwohl es bereits seit zwei Jahren voran getrieben wurde: „**Mitte Altona**“. Doch auch hier gibt es für die Hamburger Behörden eine problematische Entwicklung, die man vor zwei Jahren noch gar nicht auf der Rechnung hatte. Siehe dazu einen Bericht im Innenteil.

Wer sich in den letzten Ausgaben von Mien leeves Altona mit der Berichtserstattung über das formal beendete Projekt „**Zukunftsplan Altona**“ eingehend beschäftigt hat, wird sich sicherlich gefragt haben, wie es wohl damit weiter gehen soll, oder? Hier kann Erfreuliches berichtet werden. Denn das Projekt „Q 8“ aus den Alsterdorfer Anstalten hat auf dieser Basis ein Projekt ins Leben gerufen, welches den Titel „**Eine Mitte für Alle**“ führt.

Denn man versucht hier im geplanten Neubaugebiet „Mitte-Altona“ unter den Bedingungen der „Inklusion“ (alles inklusiv) gleiche Lebensverhältnisse für alle Menschen schaffen zu können. Das bedeutet vor allem Chancengleichheit für den Zugang zur Bildung und allgemeinen Akzeptanz aller Menschen, egal, z. B. ob behindert, nichtdeutsch oder gar an der Armutsgrenze lebend.

Auch zu diesem nachdenkenswertem Thema finden Sie hier in dieser Ausgabe einen Beitrag.

Ein weiterer Bericht beschäftigt sich mit der im Januar begonnenen **Sanierung der neuen Räumlichkeiten des Altonaer Stadtarchivs** in der Max-Brauer-Allee 134. Ja, Sie lesen richtig. Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Denn nach elf quälend langen Monaten geht es mit der Sanierung endlich voran. Wir werden weiter über den Fortgang der Ereignisse eingehend berichten.

Bei all der „aktuellen“ Berichterstattung für die Zukunft, darf zuletzt auch kein geschichtliches Thema fehlen: Hier wird daran erinnert, dass einmal der große Hamburger **Architekt Fritz Höger** an der Gr. Bergstraße / Präsidentenweg ein Wohn- / Kaufhaus errichtet hatte.

Viel neue Erkenntnisse und alte Erinnerungen beim Lesen wünscht Ihnen mit herzlichen Grüßen

Ihr

Wolfgang Vacano

# *Ein Moratorium für Mitte Altona*



Dieses Bild zeigt das Holzmodell des geplanten Neubaugebiets Mitte Altona



# Ein Moratorium für Mitte Altona

## Zum besseren Verständnis

Von Wolfgang Vacano

Als man vor etwa zwei Jahren begann, das Projekt „Mitte Altona“ zu starten, um das eventuell frei werdende Bahngelände an der Harkortstraße zum Wohngebiet umzubauen, hatte die riesige Vorhaben schon eine lange Vorgeschichte, die aber nicht allen Altonaern in ihren Einzelheiten bekannt ist, die am 2. Februar 2012 auf einer Sitzung des Bürgerforums „Mitte Altona“ eine zuvor nicht erwartete Wendung nahm.

Bevor wir zu dieser erwähnten Wendung kommen, hier noch einmal ein kleiner Abriss von den Ereignissen aus der beeindruckenden Geschichte des Altonaer Bahnhofs:

Alles begann damit, dass man Anfang der siebziger Jahre den „alten“ Altonaer Bahnhof, der in der Altonaer Bevölkerung unglaubliche Beliebtheit erlangt hatte, nach einer Entscheidung des Altonaer Baudezernenten einfach abgerissen wurde, ohne darüber die Bevölkerung zu unterrichten oder gar an der Entscheidung zu beteiligen.

Das war der erste schwere Fehler in den Augen der Bevölkerung, die in großen Teilen immer noch vom alten Bahnhof schwärmt.

Ein weiterer schwerer Fehler war, dass man nach dem „Einbau“ der S-Bahn in den neu



ALTONA

Hauptbahnhof

Dr. Tröschel Co., Leipzig, 1904, No. 1.

Abb.: Altonaer Stadtarchiv ©

Der einst so herrliche Altonaer Hauptbahnhof auf einer Postkarte um 1900



Foto: W. Vacano, Altonaer Stadtarchiv, 2000 ©

**Als Palast nicht geplant, wurde auch kein Schmuckstück aus dem Betonklotz-Bahnhof. Wenn man dieses Bauwerk mit seinem Vorgänger vergleicht, merkt man erst, welcher riesiger kultureller Verlust Altona entstanden ist!**

errichteten Betonklotz-Bahnhof, einem sehr unattraktiven, weil schmucklosen, „reinen“ Zweckbau, nicht mehr ernsthaft von einem neuen Mittelpunkt von Altona sprechen konnte. Hatte es keine besseren und attraktiveren Lösungen unter diesen Gesichtspunkten gegeben?

Denn gerade wegen seiner schlichten Fassaden und des architektonisch belanglosen Umfeldes war der Betonklotz-Bahnhof nicht gerade dazu geeignet, einen neuen architektonisch attraktiven Stadtmittelpunkt bilden zu können.

Als der „Kaufhof“ eingezogen war, hatte der Bahnhof schnell seinen Spitznamen weg: „**Kaufhof mit Gleisanschluss**“.

Zu einer Beliebtheit gelangte dieses hässliche Gebäude nie. Wie auch, denn der Verlust des alten Bahnhofs schmerzte noch lange nach!

Als der Bahnhofsbau in die Jahre gekommen war, kam man um das Jahr 2000 herum, zu dem Entschluss, den zweiten Bahnhof abzureißen und durch einen Neubau zu ersetzen.

Denn eine Sanierung hätte vor einigen Jahren nichts mehr gebracht.

Die unglaubliche Geschichte der Trassenführung der S-Bahn an sich ist an anderer Stelle eingehend beschrieben. U. a. im Buch „**Geschichte der Gr. Bergstraße**“ von Wolfgang Vacano. Fragen Sie im Altonaer Stadtarchiv nach.

Dafür wurden im **Januar 2000** stolz die Baupläne von **Olaf Scholz** (Bezirkschef der SPD-Altona) und dem damaligen Bezirksamtsleiter, **Dr. Uwe Hornauer**, im Kollegienaal des Altonaer Rathauses vorgestellt. (Siehe auf Seite vier.)

Dabei war der neue Bahnhof sogar ein sog. **Hoffnungsträger** für die schon lange heruntergekommene Gr. und Neue Gr. Bergstraße. Denn man hoffte zum einen, dass damit ein neuer Stadtkern geschaffen werden könnte und wollte dazu sogar das vor dem Bahnhof befindliche Hochhaus halbieren und zusätzliche Parkplätze auf dem Dach des Bahnhofs errichten lassen.



**Diese Bahnofsansicht aus dem Jahre 2000 erregte den Widerstand der Bevölkerung wegen seiner nicht besonders attraktiven Glasfrontgestaltung, da diese zu beliebig war, um dem Stadtteilkern (wie gewünscht) ein ausdrucksvolles Gesicht verleihen zu können. 2012 kann dieses Planungsbild deshalb als in doppelter Hinsicht als „belanglos“ angesehen werden, da dieser Bahnhof an dieser Stelle nicht mehr gebaut wird. Dazu muss festgestellt werden, dass diese Fassadenausführung auch am Diebsteich keinen Publikumserfolg erringen wird ...**

Zusätzlich hoffte man vor zwölf Jahren inständig im Rathaus auch darauf, dass die Investoren die politisch verabschiedeten Baupläne für die Verengung der Neuen Gr. Bergstraße endlich Wirklichkeit werden lassen. Doch auch hier weit gefehlt! Eine weitere Fehlentwicklung?

Wenn Sie jetzt erstaunt sind, weil Sie feststellen müssen, dass der alte Bahnhof weder abgerissen noch der neue Bahnhof errichtet wurde, dann haben Sie Recht damit.

Der unglaubliche Grund dafür war u. a., dass sich die Bahntöchter nicht einigen konnten! Zu Lasten des Stadtteils Altona, für dessen Weiterentwicklung bei der die **DB** derzeit und auch später ganz offensichtlich wenig Interesse zeigte. Trotzdem geschah noch etwas Positives, denn es wurde ein auf lange Jahre hinaus überdimensioniertes Parkhaus am Bahnhof errichtet.

Dafür musste die alte Gepäckaufbewahrung weichen. In den sanierten Bahnhof zogen neue Geschäfte ein. U. a. ein Elektronikmarkt. Nun muss noch die entscheidende Frage gestellt werden: „Wäre der Bau des neuen Bahnhofs Anfang des neuen Jahrtausends ein Gewinn für eine neue Mitte von Altona ein Gewinn gewesen?“ Nach Ansicht der meisten - bei der Präsentation anwesenden - Teilnehmern eindeutig nein! Denn es wurde heftig Kritik daran geübt, dass hier lediglich ein „nichtssagender“ „Allerwelts-Glaskasten“ entstehen sollte. So wollte man die neue Mitte von Altona auf keinen Fall gestaltet haben!

Da man jedoch im Kollegienaal bei der o. a. Informationsveranstaltung von einer echten Publikumsbeteiligung (wie sie 2012 immer wichtiger wird) noch meilenweit entfernt war, gab es auch keine Abstimmung für oder gegen das neue Glas-

haus-Bahnhofsprojekt. So blieb die überwiegende Ablehnung des Bahnhofsneubaus durch das Publikum leider ohne politische Resonanz. Auch ein Fehler?

Da musste schon die DB mit ihren „**Schwesterstreitigkeiten**“ selbst dafür sorgen, dass dadurch ein neuer ungeliebter Bahnhof für Altona vermieden werden konnte.

Nach Einschätzung der Altonaer war das damals **kein Fehler!** Denn so gab es wenigstens wieder neue Zeit, um nochmals über eine positive Entwicklung an dieser Stelle nachdenken zu können. Mit den Jahren wurden im Zusammenhang mit dem Altonaer Bahnhof immer wieder neue Vorstellungen entwickelt.

Zum ersten Male wurde eine Verlagerung des Altonaer Bahnhofs und des Fernverkehrs auf das unattraktiv gewordene Diebsteichgelände ins Gespräch gebracht.



Fotos: W. Vacano, Altonaer Stadtarchiv ©



Zwei Ansichten des S-Bahnhofs Diebsteich aus dem Jahre 2006

Dabei war es noch gar nicht so lange her, dass man am Altonaer Bahnhof für etwa sechzig Millionen Mark ein neues computergesteuertes Stellwerk errichtet hatte, dass aber immer wieder technischen Ärger verursachte!

Sollten damit die in der Vergangenheit verursachten Fehlentwicklungen der DB in eine neue Richtung gelenkt werden?

Fest steht jedenfalls, dass sich die DB - trotz jahrelanger Wartezeit - immer noch nicht dafür entschieden hat, was eigentlich und in welchem Umfang zu geschehen hat.

Fest steht auch, dass es Anfang Februar 2012 immer noch keine Entscheidung des Bahnvorstandes für eine Verlagerung des Bahnhofs gibt. Man spricht hinter vorgehaltener Hand davon, dass diese Entscheidung voraussichtlich wohl erst 2014 oder 2015 kommen wird. Pessimisten rechnen damit erst um 2020 damit! Auch ein Fehler im bisherigen Geschehen. Bitte, entscheiden Sie selbst!

In jedem Falle ist die Entfernung der bisherigen Gleisanlagen für den Fernverkehr die entscheidende Grundlage dafür, um überhaupt realistisch daran denken zu können, das Bauvorhaben „Mitte Altona“ verwirklichen zu können.

Zu diesem allerwichtigsten Punkt herrscht auf allen **Beteiligungsebenen** eine starke Verunsicherung, weil niemand das Entscheidungsverfahren der Bahn einschätzen kann. Dabei steht aber auch fest, dass die Bahn in keinem Falle zu irgendwas „gezwungen“ werden kann. Hier heißt es einfach nur „Abwarten“!

Auch ein Fehler im System?

Trotzdem erschien es den Verantwortlichen der BSU (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) trotz Schilderungen der obigen Schwierigkeiten richtig, mit den Planungen für die Bebauung des Bahnareals an der Harkortstraße zu beginnen. Konnte es gut gehen, auf einer Kette von bisherigen Fehlentwicklungen - im Vertrauen auf ein gutes Ende - ein solches Unternehmen überhaupt zu starten?

**Zugegeben:** In diesem Falle kann ein gewisses Verständnis für die einzigartige Möglichkeit aufgebracht werden, einen ganzen Stadtteil neu auf dem Bahngelände der DB errichten zu können. Aus dieser oberflächlich gesehenen

Wirklichkeit war es folgerichtig, wenigstens mit den Planungen zu beginnen. Denn eine so umfangreiche Planung beansprucht ziemlich viel Zeit. In dieser Zeit, so hoffte man bei der BSU ganz offensichtlich, werde die Entscheidung der DB für die Verlagerung des Bahnhofs und des Fernverkehrs schon kommen und dann wäre man ganz auf der sicheren Seite mit der Planung. In dieser Zeit wurde deshalb sogar der Sieger eines Architekten-Wettbewerbs gekürt, dessen Gewinnerarbeiten umgesetzt werden sollten, wenn die Voraussetzungen dafür stimmten.

In mehreren Sitzungen wurde festgestellt, dass es zuerst große Probleme mit dem Einbringen der Bürgerforderungen in den Masterplan gab, da es wohl menschliche und technische Fehler bei der Umsetzung gegeben hatte. Das führte u. a. dazu, dass eventuelle Bedenken gegen das angestrebte Verfahren und die Beteiligten noch verstärkt wurden.

Eine umfangreiche Einzelprüfung der Einarbeitungen ergab, dass zahlreiche Bürgerforderungen auch nach diesen Vorfällen nicht im Masterplan zu finden war.



**Eine gemalte Darstellung aus dem Siegerentwurf des Architekten Portiers. Eine Vision, wie der neue Stadtteil Mitte Altona einmal aussehen könnte. Bei den dunklen Wolken über den Häusern auf der rechten Seite muss man sich satirisch fragen, ob der Architekt schon bei der Fertigung dieser Darstellung die „dunklen Wolken“, die derzeit über dem Mammut-Bau-projekt schweben, schon 2010 vorausgeahnt hatte?**

Zusätzlich wurde ein „Bürgerforum“ installiert, welches wiederum ein Koordinationsgremium ins Leben rief. Dessen Aufgabe war es u. a. zu überwachen, ob die „Bürgerforderungen“ des Bürgerforums in den Masterplan Eingang gefunden haben.

Weil die BSU einen engen Zeitplan für die Umsetzung aller Planungen für den Masterplan und den bevorstehenden Verhandlungen mit den Eigentümern hatte und der immer massiver drängte, sah sich das Koordinationsgremium aus Zeitgründen nicht mehr in der Lage, die angestrebte, ergebnis-

orientierte Arbeit in der noch verbleibenden Zeit ordentlich ableisten zu können.

Zuletzt tagte das Koordinationsgremium vor dem Bürgerforum innerhalb von sieben Tagen dreimal! Dabei trat man dem Gedanken näher, dem Bürgerforum ein „Moratorium“ (ein

Innehalten) vorschlagen zu wollen, um mehr Zeit für ein neues „Nachdenken“ auf allen Beteiligten-ebenen erreichen zu können.

Damit endet hier der Exkurs in die Geschichte des Altonaer Bahnhof und der Mitte Altonas.

## Die Pressekonferenz vor dem Bürgerforum

Das wirksamste Instrument der Bürger ist und bleibt die Unterstützung durch die Presse. Das war auch den Mitgliedern des Koordinationskollegiums (KG) bewusst. Aus diesem Grunde wurde zwei Tage vor der Veranstaltung des Bürgerforums die Hamburger Presse in das Infocenter an der Harkortstraße 121 eingeladen. Die Zahl der Teilnehmer aus der Hamburger Presselandschaft war größer, als man es allgemein angenommen hatte. Regional vertreten waren das Elbe-Wochenblatt und die Internetzeitung altonaInfo. In einer fast entspannten Atmosphäre lief dann auch die Pressekonferenz ab. Zahlreiche Mitglieder machten auf ihre Weise den Journalisten klar, wo sie die Haken und Ösen bei der Umsetzung des Bauvorhabens sehen. Das Fehlen zahlreicher Bürgerforderungen im Masterplanentwurf wurde umfangreich dargestellt. Denn immer fragten die Journalisten nach Einzelheiten aus der Arbeit des KG und der daraus entstandenen Ergebnisse.



**Foto von der Pressekonferenz in der Halle des Infocenters**

Es wurde deshalb u. a. deutlich gemacht, dass das KG unbedingt ein Moratorium benötigen würde, um seine Arbeit gewissenhaft und dem Bürger verpflichtet, in einem ausreichenden Zeitraum leisten zu können. Dabei wurde betont, dass dabei keinesfalls beabsichtigt ist, das Bauvorhaben an dieser Stelle scheitern zu lassen, sondern dem Bürgerforum ein Moratorium vorzuschlagen, um mehr Zeit für die eigene Arbeit zu gewinnen.

Im Kreise der Journalisten war man sichtlich betroffen über den derzeitigen Sachstand und man sagte zu, eine dem entsprechende Berichterstattung vornehmen zu

wollen. Nach der Pressekonferenz waren die Mitglieder des KG zufrieden mit dem Erreichten.

## **Bürgerforum Altona**

---

# ***Die Zukunft des Bahnhofareals - Eine Mitte für Alle? Für eine soziale Architektur!***

---

### **Themen:**

- **Ergebnisse der Bürgerbefragung**  
Präsentation durch das Beteiligungsgremium
- **Wer baut die Neue Mitte?**  
Vortrag M.Bloem, Stadtplaner
- **Gründe für ein Moratorium**
- **Diskussion**

**Donnerstag, 2.2.2012  
19.00 Uhr  
Infozentrum Mitte Altona  
Harkortstraße 121**

Dieser Handzettel, welcher von Mitgliedern des KG entwickelt worden war, wurde in der Öffentlichkeit verteilt, um für die Teilnahme am Bürgerforum werben zu können

# Neun Gründe für eine bessere Planung der Mitte Altona. Neun Gründe für ein Moratorium

## **Die Stadt nimmt die Bürgerbeteiligung nicht ernst, sondern verhandelt hinter verschlossenen Türen**

Über 560 Bürgerforderungen wurden in den vergangenen 18 Monaten gesammelt, doch *wozu?* Zentrale Anregungen und Forderungen, die Mehrheiten unter den im „Bürgerdialog“ Beteiligten gefunden haben, hat die Behörde für Stadtentwicklung (BSD) nicht oder kaum aufgegriffen, und zum Teil in schulmeisterlicher Form abgebügelt. Mit den Grundeigentümern dagegen wurden und werden weitreichende Verhandlungen geführt - dies jedoch unter Ausschluss der Bürger.

Wir schlagen vor, dass die Inhalte der Verhandlungen mit den Investoren **öffentlich** gemacht und dass alle Verträge - vor Unterzeichnung - mit den Bürgern diskutiert werden.

## **Planungs-Varianten werden nicht analysiert - sondern ausgeblendet**

Der aktuelle Masterplanentwurf Neue Mitte Altona berücksichtigt vor allem die Planungsinteressen der Grundeigentümer. Mögliche Alternativen etwa:

- das Münchner Modell zur teilweisen Abschöpfung der erheblichen Bodenwertgewinne,
- das Mitwirkungs-Modell, wie z.B. vom Stadtplaner Mario Bloem vorgeschlagen,
- ein Entwicklungsgebiet nach § 165 BauGB, für das der Senat vor über vier Jahren vorbereitende Untersuchungen beauftragt hat und auf deren Ergebnisse wir immer noch warten sind bislang nicht erörtert worden (s.a. Punkt 9)

Das Baugesetz sieht vor, dass **Alternativen** ernsthaft gegeneinander abgewogen werden müssen - und wir halten das auch für geboten.

## **Die Investoren realisieren den Gewinn - die Stadt Hamburg übernimmt das Risiko**

Im Sommer 2010 hat Hamburg ein nichtöffentliches Eckpunktepapier mit den Investoren unterzeichnet, in dem formuliert wird, dass alle Kosten, die über 30 Mio Euro hinausgehen, nicht von den Investoren, sondern von Hamburg getragen werden sollen.

Die möglichen Gewinne der Investoren aus den Bodenwertsteigerungen bleiben dabei ohne Berücksichtigung. Warum soll Hamburg dieses Risiko übernehmen?

Ein Moratorium wird helfen, dieses Missverhältnis aufzuheben.

Nur ein Drittel geförderte Wohnungen - kann das eine Lösung sein?  
In Hamburg sind 46 Prozent der Haushalte §5-Schein-berechtigt, also aufgrund ihres geringen Einkommens auf geförderte Mietwohnungen angewiesen.

Etwa 80 Prozent der Hamburger Haushalte wohnen zur Miete. Der für die Wohnbebauung der Mitte Altona geplante sogenannte „**Drittelmix**“ - ein Drittel Eigentum, ein Drittel frei finanziert und ein Drittel gefördertem Wohnungsbau (der nach 15 Jahren aus der Preisbindung fällt) entspricht daher in keiner Weise dem Bedarf der Hamburger Bevölkerung.

Ein Moratorium wird es ermöglichen, die tatsächlichen Bedarfe zu ermitteln und die **soziale Architektur** des Stadtteils darauf abzustimmen.

### **Für existierendes Gewerbe gibt es in diesem Masterplan keine Perspektive**

Auf dem Gelände des ersten Teilabschnitts der Bebauung befinden sich Gebäude, die ca. 230 Gewerbetreibenden und Freiberuflern Arbeitsplätze bieten.

Weder für die Gebäude, die zum Teil von historischem Wert sind, noch für die Arbeitsplätze gibt es bei derzeitigem Stand der Planung **eine Perspektive** - eine solche muss während der Moratoriumszeit erarbeitet werden.

Kein monotones Wohngebiet - wo bleibt die Altonaer Mischung?

Dass in Hamburg „dringend neue Wohnungen gebraucht“ werden, wie die BSU schreibt, ist richtig. Entsprechende Maßnahmen unterstützen wir, sofern es sich um bezahlbaren Wohnraum handelt, denn für teure Miet- und Eigentumswohnungen sorgt der Immobilienmarkt ohnehin. Die derzeitige Planung sieht lediglich zehn Prozent Gewerbe vor, was nach bisherigen Planungen wohl vor allem Gastronomie und Shopping-Nutzungen bedeutet. Eine solche Wohn- und Konsum-Monokultur jedoch läuft auf eine sozial wie ökologisch verantwortungslose Stadtentwicklung hinaus - sie trägt dem Umstand nicht Rechnung, dass Stadtteile auch **Orte für Bildung, Produktion, Gewerbe und Pflegeeinrichtungen** brauchen. Wir brauchen eine Planung, die auch auf die zunehmend drohende soziale Spaltung der Gesellschaft und auf sich verändernde Arbeitswelten reagiert.

Ein Moratorium eröffnet die Möglichkeit, über verschiedene Nutzungen neu nachzudenken.

### **Weniger Auto - mehr kostengünstige Alternativen**

Wer planerische Alternativen zur Automobilität auch im Hinblick auf den Klimawandel sucht, kann sie in diesem Masterplan (noch) nicht finden. Warum nicht achtzig Prozent autofreies Wohnen statt zehn Prozent „autoarm“? Warum keine S-Bahn-Haltestelle im Gebiet? Warum kein Fahrradkonzept? Warum

kein Verbot von Tiefgaragen (macht Häuser und Mieten billiger)? Warum nur dünne Stege und Tunnel für Fußgänger, die von Altona nach Ottensen führen? Wie sieht die Verkehrs-Qualität für die aus, die **kein Auto**haben/wollen?

Ein Moratorium kann die Chance eröffnen, für den neuen Stadtteil eine Vision durchzusetzen, die der Entwicklung und der sozialen Heterogenität der Metropolen wirklich Rechnung trägt.

### **Bleibt das Projekt vielleicht auf halber Strecke stecken?**

Von den 30 Hektar des in der Planung befindlichen Geländes steht die Realisierung des größeren Teils - der 17 Hektar, die nur nach **Verlagerung des Fernbahnhofs** frei werden - **vollkommen in den Sternen**.

Die DB hat bislang weder eine Verlegung des Bahnhofs beschlossen, noch Pläne dafür vorgelegt:

#### **Es könnte also sein,**

- dass der 2. Bauabschnitt gar nicht kommt...
- dass ein Shopping-Center inklusive Bahnhof Diebsteich bereits vom ECE Konzern geplant wird, wir aber davon noch nichts wissen sollen ...

Sollte der Bahnhof Altona am alten Standort bleiben, so lastet eine „hohe Lärmbelastung - auch in der Nacht“ auf dem geplante Wohnviertel, wie die BSD selbst schreibt.

Auch der Park ist dem Lärm direkt ausgesetzt. Kann ein Masterplan Neue Mitte Altona funktionieren, der über diese Fragen keine Auskunft gibt? Wird die Planung irgendwann vielleicht deshalb auf halber Strecke hängen bleiben? Oder wird der Lärm im Wohngebiet dazu dienen, dass Hamburg entweder auf seine Kosten einen teuren Lärmschutzwall bauen muss?

### **Das derzeitige Vorgehen der BSU nimmt die Chance auf soziale Stadtentwicklung nicht wahr**

Paragraf 165 des Baugesetzbuchs („Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen“) räumt der Stadt weitgehende Rechte an in Privatbesitz befindlichen Grundstücken ein - wenn diese „zum Wohl der Allgemeinheit (...), insbesondere zur Deckung eines erhöhten Bedarfs an Wohn- und Arbeitsstätten, zur Errichtung von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen etc.“ gebraucht werden.

Die BSU verhandelt mit den Grundeigentümern derzeit einen Vertrag zur Abwendung einer solchen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme nach § 165 BauGB. **Es ist also den politischen Verantwortlichen durchaus bewusst, dass diese Maßnahme sowohl notwendig als auch rechtlich durchsetzbar ist.**

Auf dieser Basis halten wir es für unverantwortlich, die politische Verantwortung einfach billig „abzuwenden“ und sie privaten Investoren zu überlassen. Wir sehen die Gefahr, dass durch einen eilig durchgewunkenen Abwendungsvertrag die Chance auf eine echte soziale Stadtentwicklung für immer verbaut wird.

Ein Moratorium ist notwendig, um ein solches Vertragswerk unter Berücksichtigung der zuvor genannten Gesichtspunkte öffentlich zu diskutieren. Dies könnte auch mehr Sicherheit schaffen in Bezug auf die rechtlichen - und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Projekts. Die Verträge der Stadt müssen bei dieser wichtigen Fläche ja so wasserdicht und gut sein, dass sie mehr als 15 Jahre halten.

### **Nachbemerkung**

Die Forderung nach einem Moratorium ist eine politische und nicht an eine bestimmte Frist geknüpft. Auch wir, die Unterzeichner, sind ungeduldig und wollen unsere Anliegen während des Planungsaufschubs umgesetzt wissen.

**Je schneller desto besser.**

Für ein Moratorium und eine bessere Planung der Mitte Altona!

Koordinierungsgremium Mitte Altona

Lux & Konsorten



## Zur Durchführung des Bürgerforums am 2. Februar 2012

Am **2. Februar 2012, um 16 Uhr**, war die (gut geheizte) Halle des Informationscenters der steg (Stadtentwicklungsgesellschaft) schon am Nachmittag sehr gut besucht. Denn dort hatte Frau Karen Haubenreisser von **Q 8** zu einer beeindruckenden Veranstaltung eingeladen, die unter dem Motto lief: **„Eine Mitte für Alle“**.

Diese Veranstaltung wurde u. a. auch als Vorstufe der Versammlung des unmittelbar danach stattfindenden Bürgerforums „Mitte Altona“ gesehen. Wer mehr darüber wissen möchte, sollte die Dokumentation des Altonaer Stadtarchivs zu diesem Thema lesen. Fragen Sie im Altonaer Stadtarchiv nach.

Um 19 Uhr sollte die Veranstaltung des Bürgerforums Mitte-Altona beginnen. Doch bevor es soweit war, gab es eine (unnötige) Diskussion über die Gestaltung des Veranstaltungsverlaufs. Leider wurden dabei wichtige fünfzehn Minuten verbraucht, währenddessen das Publikum unruhig auf die Uhr schaute und auf einen zeitnahen Beginn hoffte. Dabei war die Halle bis auf den letzten Platz besetzt und das KG freute sich über die so große Bürgerbeteiligung. Denn viele Besucher standen noch an den Seiten.



Die Halle füllte sich langsam. Es herrschte eine gewisse Anspannung ...

Anlass der Diskussion war, dass Herr Johannes Gerdemann von der BSU die Veranstaltung eröffnen wollte, um dann in einem dreißigminütigen Redebeitrag die neuesten Entwicklungen im Projekt Mitte-Altona vorstellen zu können. Das Koordinationsgremium vertrat jedoch die Ansicht, dass hier das Ziel, dem Bürgerforum ein Moratorium vorschlagen zu wollen, ein übergeordnetes Interesse begründen würde. Denn wenn sich das Bürgerforum für ein solches Moratorium entscheiden sollte, wären alle Ausführungen zum Thema Mitte-Altona von der BSU nur noch von geringerer Bedeutung.

Die Folge davon war eine auf beiden Seiten mit teilweise heftigen Gesten geführte emotionale Diskussion.

Zuletzt einigte man sich darauf, dass Herr Gerdemann eine kleine Einleitung zugestanden wurde und danach das Koordinationsgremium seinen Sachstandsbericht vortragen konnte, um danach dem Publikum ein Moratorium vorschlagen zu können. So geschah es dann auch.

Eine gute Entscheidung in jedem Falle, weil dadurch ein mögliches Scheitern der Versammlung insgesamt vermieden werden konnte. Denn das, so waren sich wenigstens in diesem Falle alle Beteiligten einig,



**Eindrücke von der gestenreich geführten Diskussion vor Beginn der Veranstaltung**

wäre es ein „Bärendienst“ gewesen, den man sich gegenseitig geleistet hätte!

Nachdem Herr Gerdemann seine Schilderungen vorgetragen hatte, welches im Direktprotokoll per Beamer übertragen wurde.



**Herr Johannes Gerdemann von der BSU bei der kurzen Vorstellung des derzeitigen Sachstandes**



**Frau Opitz von der BSU**

Anschließend wurden von **Frau Opitz** (ebenfalls von der BSU) die Abläufe des Verfahrens gem. § 165 Baugesetz (VU-Abwendungsvereinbarungen) und das weitere Vorgehen der BSU per Beamerdarstellungen vorgestellt.

Danach übergab Herr Gerdemann die Führung der Veranstaltung in die Verantwortung des Koordinationsgremiums in der Folge „KG“ genannt). Damit endete auch die Moderation der BSU und deshalb auch die Protokollführung. Die ging ebenfalls auf das KG über.



**An diesem Tisch saßen die Protokollführer der steg und des Koordinierungsgremiums**

## Die Weiterführung der Veranstaltung durch das KG

Wie zuvor festgelegt, übernahm Herr **Holger Kranert** die Moderation für das KG und stellte die Arbeit des KG vor. Er sprach die Eile des Verfahrens an.



### Holger Kranert bei seiner Moderation für das Koordinierungsgremium

Die momentane Eile der BSU beim Abschluss der Verträge und die Arbeit am Masterplan wurde ebenso angesprochen. Herr Kranert sprach das mögliche Moratorium an und stellte dieses dem Auditorium vor.

Im Anschluss daran stellte Frau **Gisela Reher** die Arbeit des KG vor und berichtete über die Teilnahme und die Organisation des KG im Verfahren. Es sei unabhängig und nur den Bürgern verpflichtet. Dafür gab es Beifall. Sie sprach den enormen Zeitdruck an, unter dem das KG seine Arbeit absolvieren muss.

In diesem Zusammenhange stellte sie den Sinn des Masterplans vor. Dieser legt die Rahmenbedingungen fest, auf dem das weitere Bauverfahren beruht.

Frau **Gisela Reher** berichtete weiter, dass die Altonaer Bezirksversammlung bereits dem Masterplanverfahren auf der letzten Bezirksversammlung zugestimmt hatte. Sie sprach weiter über den Forderungskatalog und kündigte an, dass ein Teil der Bürgerforderungen vorgestellt werden. Ein Teil der Bürgerforderungen waren nämlich nicht im Masterplan enthalten.

Frau **Andrea Benkert** stellte die wirtschaftlichen und rechtlichen Bürgerforderungen vor. Sie teilte mit, dass keine dieser wichtigen Forderungen Eingang in den Masterplan gefunden haben.

Frau **Nelly Ketels** erklärte das Thema Bürgerforderungen im Bereich „**Information – Beteiligung – Kommunikation**“ im Zusammenhang mit dem Masterplan an. Die Umsetzung des Masterplans sollte schrittweise erfolgen, in einer Zeitdauer von 15 Jahren.

Herr **Frank Steiner** stellte die Erkenntnisse des KG zum Thema „**Bürgerforderungen Verkehr**“ vor. Z. B. sollte die Harkortstraße völlig neu gebaut werden. Der zukünftige Fahrradverkehr war ein weiteres entscheidendes Thema für die Fortentwicklung des neuen Wohnquartiers.

Frau Prof. Dr. **Ursula Kirschner** berichtete über das Thema „**Bürgerforderungen im Bereich Städtebau und Freiraum**“. Sie machte dem Publikum klar, dass nicht alle der Bürgerforderungen nicht im Masterplan vorhanden sind. Dabei thematisierte u. a. die Grünflächenplanung und die beiden geplanten Bauabschnitte.

Herr **Jan Münch** nimmt zu den Bürgerforderungen **Städtebau und Freiraum** Stellung. Die Themen Grünflächenanteile, Spielplätze und Lärmschutz wurden vorgestellt. Es sollte ein menschengerechter Masterplan erstellt werden. Es gab aber auch Anforderungen an den Grundwasserschutz.

Herr **Christoph Hipp** sprach über die **Alltagsqualität, soziale Infrastruktur und Nutzungen. Kinderfreundlichkeit** war ein weiteres wichtiges Thema. Der Masterplan ging nach seiner Schilderung nicht auf verschiedene Aspekte ein.

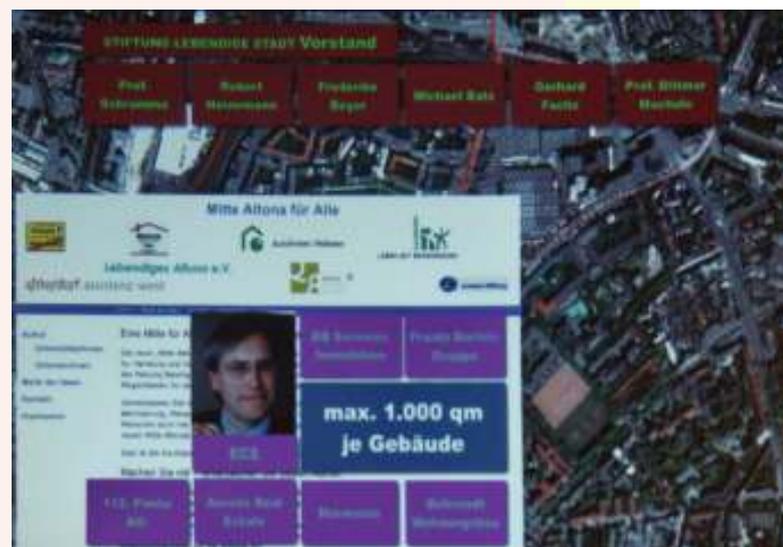
Danach war wieder Frau **Gisela Reher** dran. Sie stellte das Thema **Wohnen** vor, mit den Stichworten Wohnraum und Sozialwohnungen. Dabei stellte sie fest, dass mit dem **Drittelmix** an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei geplant würde.

Im Anschluss an die zahlreichen Stellungnahmen, die jeweils Beifall fanden, übernahm Herr **Holger Kranert** wieder die Moderation. Er gab das Wort an den Stadtplaner **Mario Bloem** weiter.

### Zum Beamervortrag von Mario Boem

Herr Bloem zeigte per Beamer eine eigens für das KG geschaffene **Dokumentation** „Zukunft Altona - Wer baut die NEUE MITTE ALTONA“ mit zahlreichen Schaubildern zum geplanten Bauvorhaben. In seinem sehr kurzweiligen Vortrag nannte er „Ross und Reiter“ der Investoren und zeigte nach und nach alle Schwächen des Verfahrens vor, wie z. B., dass der Hinweis auf den Bau von Eigentumswohnungen nirgends zu finden sei. Er wies auf die problematische fünfzehnjährige Mietpreisbindung der geförderten Wohnungen hin. Er zeigte Abbildungen von zu „modernen“ und leblosen Bauten und stellte die Frage, ob so der zukünftige Stadtteil Alto-

### Drei Bilder aus der Beamerschau von Mario Bloem





**Stadtplaner Mario Bloem**

nas aussehen sollte. Danach setzte er sich für einen besseren Mix von Investoren ein, um auf diese Weise eine wirkliche Architektur-Durchmischung erreichen zu können. Zwischendurch ließ Herr Bloem eine Geräuschaufzeichnung erschallen, um vorführen zu können, welchen Lärm Eisenbahn auf dem Grundstück verursacht. Herr Mario Bloem erhielt für seine sehr gelungene Präsentation starken und lauten Beifall. Denn er schien beim Publikum den Nagel auf dem Kopf getroffen zu haben.

Danach übergab Herr **Holger Kranert** das Wort an Herrn **Jörg Hofmann** vom KG.

Herr **Jörg Hofmann** stellte die Voraussetzungen und die Ziele eines Moratoriums vor. Es würde vom KG mehr Raum und Zeit benötigt, um wichtige und fundierte Forderungen stellen und auch vertreten zu können. Dazu führte Herr H. einzelne Aspekte des Moratoriums per Beamer vor. Herr **Hofmann** übergab danach das Mikrofon an **Christoph Twickel** von Lux und Co weiter.



**Jörg Hofmann bei seiner Moderation**



**Christoph Twickel bei der Vorstellung der bisherigen Zusammenarbeit**

Der stellte die Zusammenarbeit mit dem KG und Altopia vor.

## Das Abstimmungsverfahren für das angestrebte Moratorium

Herr Twickel übernahm danach den Part des Moderators für die Diskussion, mit dem Ziel das vorgeschlagene Moratorium dem Publikum näher bringen zu können. Es herrschte allenthalben eine gewisse angespannte Erwartungshaltung. Denn, so fragte man sich allgemein: „Wie würde nun wohl das Publikum nach den verschiedenen Wortbeiträgen der BSU, von Mario Bloem und den KG-Mitgliedern abstimmen? Reichen die bisher vorgetragenen Argumente für ein positives Abstimmungsergebnis für das KG aus oder würde der BSU die Absolution erteilt werden, so weiter machen zu können wie bisher?

Um **20. 35 Uhr** wurde die Diskussion darüber eröffnet. Es wurde gefordert, den Sinn des angestrebten Moratoriums nochmals eingehend zu erklären. Dies geschah dann auch.

Insgesamt meldeten sich während der Diskussionsrunde achtzehn Teilnehmer mit positiven Diskussionsbeiträgen für ein Moratorium. Es gab drei kritische Gegenargumente und eine damit verbundene Nichtzustimmung zu Protokoll.

Dabei wurden u. a. Mieter- und Gewerbetreibendeninteressen eingebracht. Auch das Beteiligungsverfahren wurde vorgestellt. Einer der Teilnehmer warf die Frage nach einer Unterstützung des KG auf.

Diese Frage blieb ohne Resonanz. Eine Teilnehmerin teilte mit, dass die Planung für einen Lärmschutz immer noch ausbleibt. Herr Gerdemann weist darauf hin, dass die Teilnehmer wissen sollten, worüber sie abstimmen sollten. Es wurde aber auch über den Masterplan selbst und das damit verbundene Vorkaufsrecht und über den geförderten Wohnungsbau diskutiert.



Ein Foto von der Abstimmung für oder gegen ein Moratorium



### Ein weiteres Foto von der Abstimmung

Nach den zahlreichen Diskussionsbeiträgen aus dem Publikum wurde um **21. 13 Uhr** die **Abstimmung über das Moratorium** gefordert.

Herr Kranert übernahm dazu wieder die Moderation der Abstimmung für das Moratoriumsverfahren.

Die Abstimmung erfolgte dabei durch Handzeichen. Eine andere Abstimmungsart war nicht gefordert worden.

Bei dem Abstimmungsverfahren gab es einhundertvier Zustimmungen, elf Gegenstimmen bei zwölf Enthaltungen.

Nach dem Auszählen der Stimmen konnte festgestellt werden, dass ein Moratorium

geschaffen werden soll, damit mehr Zeit für das KG und seine Arbeit eingeräumt werden kann.

Klar war aber auch, dass sich nun alle am Verfahren Beteiligten endlich wieder einmal gemeinsam an den Tisch setzen müssen, um die etwas verfahrene Situation wieder auf das „richtige Gleis“ setzen zu können. Auch dazu sollte das „Innehalten“ dringend genutzt werden.

Mit einem Dank an das Publikum wurde die Versammlung um **21. 17 Uhr** von Herrn Holger Kranert geschlossen.

*Hier noch einige Impressionen von der Veranstaltung*





## Eine Nachbetrachtung

Seit einiger Zeit kann allgemein in Hamburg und auch sonst wo festgestellt werden, dass es den Behörden von aufmerksamen Bürgern immer schwerer gemacht wird, die von der Politik beschlossenen Vorhaben (egal auf welchen gesellschaftlichen Ebenen auch immer) in die Tat umzusetzen.

Denn der engagierte Bürger (und die gibt es immer noch in Fülle) hat in den letzten Jahren (aufgrund erheblicher negativer Erfahrungen - siehe z. B. das Bauvorhaben Elbphilharmonie) verstanden, er muss sich mehr und vor allem rechtzeitig „einmischen“ und dabei mitbestimmen muss, um Schlimmeres vermeiden zu können.

Denn er hat in der zurückliegenden Zeit auch lernen müssen, dass es selbst bei den positivsten gesellschaftlichen Grundvoraussetzungen und Zielen einmal zu spät sein kann, sich noch einmischen zu können, wenn etwas - wie z. B. bei der Elbphilharmonie - vollkommen aus dem Ruder läuft!

Hier steht jetzt der Bürger 2012 fassungslos daneben und versteht die Welt nicht mehr! Zumal er für den unglaublich ärgerlichen Vorgang auch noch tief in die Tasche greifen muss - und das noch einige Jahre lang!

Solche Umstände führen dann zwangsläufig dazu, das bisherige Vertrauen in die politische Entscheidungen auf Landes- oder Stadtteilebene, z. B. bei öffentlichen Bauvorhaben jedes Mal im Einzelnen kritisch zu hinterfragen!

Denn selbst ein gewisses Grundvertrauen in den „Staat“ scheint schon lange nicht mehr so ausgeprägt zu sein, wie es unsere gewählten Volks- und vor allem Behördenvertreter und die politischen Gremien gern hätten oder gar als entscheidenden Rückhalt gebrauchen könnten.

Im Falle der Planungen für den neuen Stadtteil Mitte-Altona kommen die o. a. Schilderungen wohl voll zum Tragen.

Hier gilt es u. a. deshalb (gedenk der Kostenexplosionen an anderen Stellen, wie der Elbvertiefung oder dem Autobahndeckel) als wichtig, hier eine Kostenbegrenzung für die Stadt einzuziehen.

Das scheint dringend geboten, da die Hansestadt die Investorenbeteiligung an den Kosten

für das Bauvorhaben bei dreißig Millionen „gedeckelt“ hatte. Es muss in jedem Falle eine neue Finanzkatastrophe - wie bei der Elbphilharmonie verhindert werden! Hier tendiert das Vertrauen in die Verantwortlichen bei der Finanzplanung gegen Null.

Hinzu kommt noch, dass die Altonaer miterleben mussten, dass ihre Kritikpunkte an dem bisherigen Verfahren zur Schaffung eines Masterplans für Altona-Mitte, nennen wir es einmal sehr zurückhaltend, „nicht so positiv“ verlaufen ist, wie man es bei der Einrichtung eines Bürgerforums hätte annehmen können.

Neben zahlreichen handwerklichen Ungeschicklichkeiten kamen noch zusätzlich Misstrauen und Missstimmung bei allen Verhandlungspartnern hinzu, die den Prozess eher nicht gut voran gebracht hatten.

Zusätzlich geriet auch das Abstimmungsverhalten der Politik (in diesem Falle die der Altonaer Bezirksversammlung) heftig in die Kritik. Denn man bedauerte es im KG sehr, dass der Vorgang zur Schaffung eines Masterplan (ohne entsprechende Aussprache in der Bezirksversammlung) „einfach so durchgewunken“ wurde.

Dabei hätten die Abgeordneten bei einem entsprechenden Wissensstand um die Probleme des KG mit der Einarbeitung der Bürgerforderungen in den Masterplan anders handeln müssen. Wurde ihnen der erwähnte vollständige Wissensstand vorenthalten, um das gesamte Verfahren schnell durchzuwinken zu können?

Fest steht durch die offensichtlich problemlos erfolgte Abstimmung nämlich, dass sich jeder Bürgerschaftsabgeordnete (wegen der normativen Kraft des Faktischen) bei seiner späteren Abstimmung in der Bürgerschaft darauf berufen kann, die Bezirksversammlung hätte ja zugestimmt. Da wird sich so mancher „Volksvertreter“ darauf ausruhen und dann auch seine (wohlgemeinte) Zustimmung auch nicht für falsch halten, oder?

Hier hätte z. B. die „Politik“ vor Ort wesentlich an Prestige gewinnen können, wenn noch einmal genau hingeschaut und mit entsprechendem Wissen beraten und abgestimmt worden wäre. Das gilt nun um so mehr für die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft, denen das Altonaer

Stadtarchiv diese Dokumentation dringend ans Herz legt.

Eine weitere Frage lautet: „War es eventuell der große politische Druck der hohen Politik, in jedem Falle eine hohe Anzahl von neuen Wohnungen pro Jahr abliefern zu müssen, (koste es, was es wolle?), Hauptsache die allgemeine und sozial sehr schädliche Wohnungsnot wird damit gelindert!

Ein sehr ehrenhaftes Ziel, welches von den Altonaer gern mitgetragen wird, wenn es besonders um mietfreundliche Wohngelegenheiten mit günstigen Mieten geht.

Dafür ist das allgemeine Verständnis in der Bevölkerung groß, denn neue Wohnungen lindern die Wohnungsnot und stabilisieren die Mietsituation. Das sollte aber alle Beteiligung nicht daran hindern, nach gemeinsamen Wegen zwischen der Politik, den Behörden, der Bauindustrie und den betroffenen Bürgern zu suchen, um eine möglichst große Übereinstimmung erreichen zu können. Das ist immer noch ein schwieriger Prozess, der allen Beteiligten viel an Engagement, Zeit und Kraft abverlangt, aber der zukünftig einzig gangbare Weg!

Dabei sollte, wie die bisher gute und „nur am Bürger orientierte“ Arbeit des Koordinationsgremiums zeigt, ein Beispiel dafür geben, zu verstehen, dass der „Bürger“ in die Entscheidungen, die die Entwicklung seines Stadtteils betreffen, nachhaltig eingebunden werden möchte.

Wie wäre es damit, dass endlich damit begonnen wird, nachhaltig zu verstehen, dass hier von den politischen Gremien und den Behörden eine sog. „**Bringeschuld**“ dem Bürger gegenüber zu erbringen ist. Und zwar ab jetzt und dann dauerhaft!

Es wäre ein sehr wünschenswerter Schritt in die richtige Richtung. Den aufmerksamen Bürger, der gern in Hamburg lebt und sich hier einbinden möchte, würde das sehr freuen.

Also, was steht dem dann noch im Wege, aus den vergangenen Fehlentwicklungen zu lernen? Wie sagte einst Bundeskanzler Willy Brand so schön: „Lasst uns mehr Demokratie wagen!“ Doch die muss jeden Tag mit Leben und vor allem durch mehr Beteiligung der Bürger erhalten und gestärkt werden!

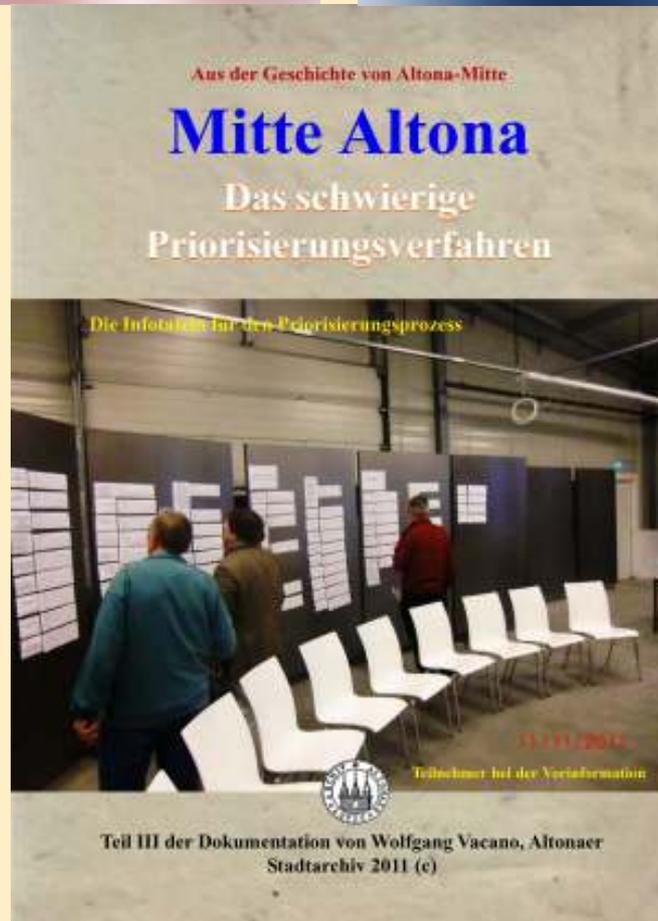
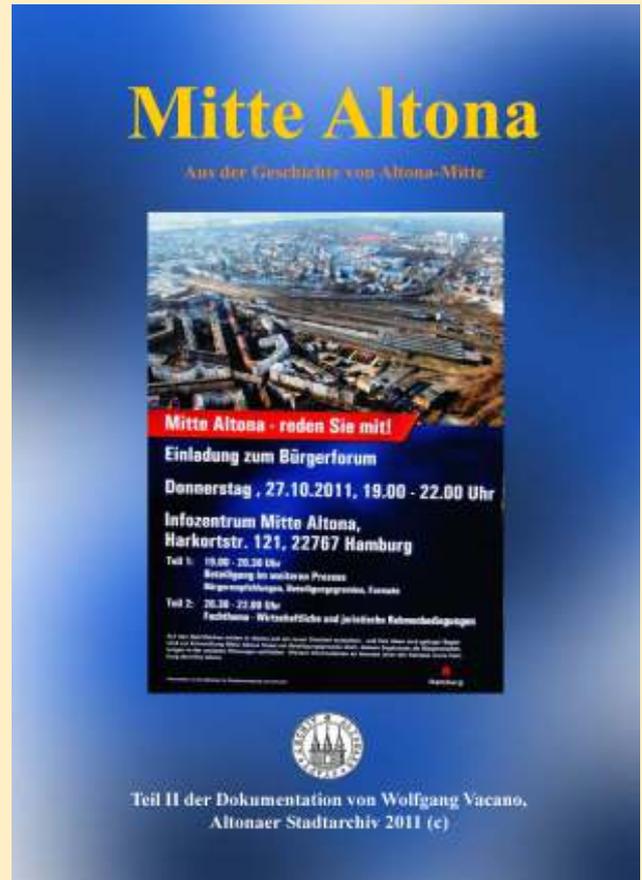
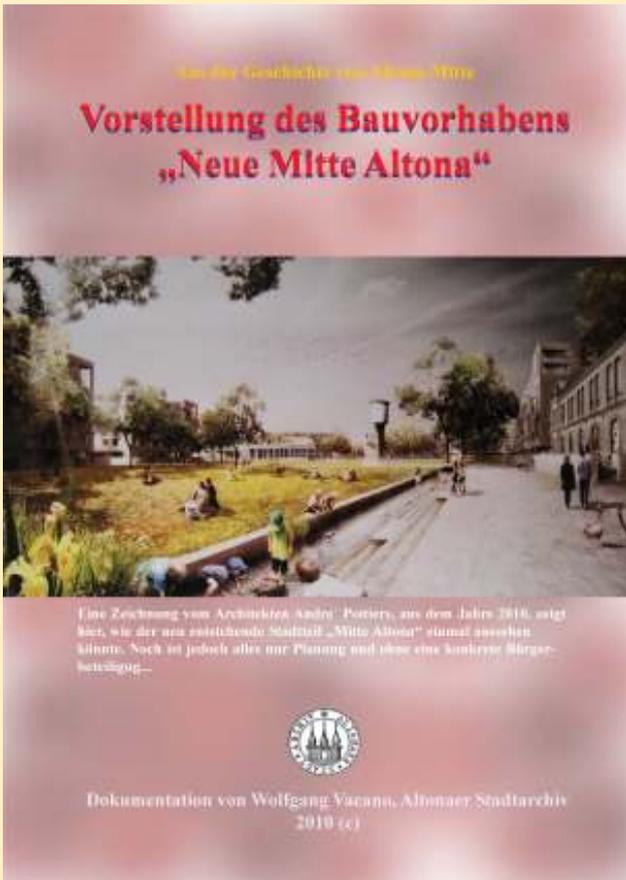
Lassen Sie uns gemeinsam das Moratorium zu einem wirklichen Innehalten nutzen, um das Mammutprojekt zu einem bürgerlichen Erfolg werden zu lassen. Nutzen wir gemeinsam diese Zeit!

Wolfgang Vacano

### **Wichtiger Hinweis auf die Gesamtdokumentation:**

**Wer mehr über große Teile des Gesamtablaufs des bisherigen Verfahrens Mitte-Altona erfahren möchte, der sollte sich beim Altonaer Stadtarchiv über die bisher erschienenen acht Kapitel informieren. Diese sind hier durch die nachstehend abgebildeten Titelseiten gut auseinander zu halten und können deshalb auch einzeln geordert werden. Die Dokumentation hat mit mehr als 200 Seiten Umfang bereits einen beachtlichen Umfang erreicht. Bitte fragen Sie nach.**

# Die Titelseiten der Kapitel der bisherigen Gesamtdokumentation



Fotos und Layout:  
Wolfgang Vacano ©





# *Eine Mitte für Alle*



Ines Boban bei ihrer Moderation



Beamerbilder von ihrem Vortrag



# *Eine Mitte für Alle*

## **Zum besseren Verständnis**

Von Wolfgang Vacano

Inklusion, was ist ? Das fragten sich zahlreiche Besucher der Informationsveranstaltung noch vor dem Vortrag von Frau Ines Boban, von der Johann Daniniel Lawaetz-Stiftung.

Doch die erklärte den Teilnehmern gern was Inklusion bedeutet, nämlich: Alles im täglichen Umgang mit Menschen sollte alles inclusive sein, ohne Grenzen, ohne Ausgrenzung, sollte die Teilhabe von Menschen sein, ob behindert oder nicht an. Vor allem sollte alle Umstände des Lebens, wie u. a. der Zugang zur Bildung und gesellschaftlicher Beteiligung ohne jede Einschränkung möglich sein.

Was, werden sich viele jetzt Fragen, ist das in unserer Gesellschaft nicht schon längst möglich? Nein, in manchen Lebensbereichen sind wir noch meilenweit von der „Inklusion“ entfernt. Immer wieder wird Menschen, ob behindert oder nicht, die Teilhabe am „täglichen Leben“ entweder verweigert oder so erschwert, dass daraus sogar Zumutungen entstehen.

Denn gerade auf diesem Gebiete feiern dabei unsere persönlichen und vor allem die gesellschaftlichen alltäglichen Vorurteile „fröhliche Urständ“. Denn es lebt sich ja so einfach damit, wie alle Mercedesfahrer sind ..., alle Ausländer sind ... und alle Behinderten sind oder alle Beamten sind ... Ein Grund dafür ist oft, dass man diese Vorurteile selbst kaum einmal auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft. Dabei werden wie selbstverständlich - einzelne negative Erlebnisse oft auf das „Ganze“ übertragen.

**Frau Ines Boban bei der Publikumsbefragung**



Das Negative daran ist, dass man es oft nicht einmal bemerkt, wenn man dadurch andere Menschen, die auf diese Weise ins eigene Vorurteilsraster passen, nicht nur schlechter einschätzt und behandelt als sie es verdienen, sondern man gibt ihnen stattdessen - durch die Vorurteile ausgelöst und unterstützt - nur noch schwerer und oft widerwillig eine Chance, als wenn man diese Vorurteile im Sinne der Inklusion einfach ausblenden würde oder sogar ganz aus den eigenen Vorstellungen verbannt.

Darum ging u. a. bei dem gelungenen Vortrag von Frau Ines Boban, die damit nicht nur die Verstandes-, sondern auch die Gefühlsebenen der Teilnehmer erreichte und berühren konnte. Frau Boban, die für ihre Arbeit im Bereich der Inklusion in den Schulen bereits ausgezeichnet wurde, hatte diesen Vortrag einer bereits verstorbenen Behinderten ganz persönlich gewidmet. Ein - in diesem Zusammenhang - trotzdem ungewöhnlicher, aber liebenswerter Umstand, der jedoch noch weiter zum besseren Verständnis bei den Teilnehmern sorgte.



**Frau Karen Haubenreisser**



**Frau Yvonne Vockerodt**

### **Zur Veranstaltung**

Frau Karen Haubenreisser vom Projekt Q 8, welches sich sehr stark für das Vorhaben „Eine Mitte für Alle“ engagiert, begrüßte die Veranstaltungsgäste, die sich sogar stehend an den Seiten drücken mussten, da alle Stühle besetzt waren. Denn es waren mehr Teilnehmer gekommen, als man erhofft hatte.

Frau Haubenreißer gab einen kurzen Überblick über den Veranstaltungsverlauf und wies dabei darauf hin, dass das Projekt sehr eng mit dem Bauvorhaben „Neue Mitte Altona“ verbunden sei und man deshalb versuchen würde, hier eine „Mitte für Alle“ schaffen zu können.

Da zahlreiche Behinderte anwesend waren, wurden Frau Haubenreisser und die anderen Protagonisten gebeten, vor allem langsam zu sprechen. Doch diese erbetene Langsamkeit war von Anfang an und auch später immer wieder ein gewisses Problem, da man daran nicht gewöhnt war. Aber sicherlich eine gute Probe für das Ausüben der Inklusion. Danach übergab Frau Haubenreisser das Mikrophon an Frau Yvonne Vockerodt weiter, die anschließend die Moderation der Nachmittagsveranstaltung übernahm. Als bald kündigte Frau Vockerodt Frau Ines Boban an, die einen Vortrag zum Thema Inklusion halten wollte. Dazu hatte sie viele Schaubilder mitgebracht, die sie nun per Beamer zeigen wollte.

Ganz langsam und sehr einfühlsam und mit gewissen Zweifeln näherte sich Frau Boban dem nicht ganz einfachen Thema. In der gut vorbereiteten Beamerchau zeigte die Vortragende Bild auf Bild, um zum einen das Thema selbst vorzustellen, aber auch aufzuzeigen, wie schwer es ist, die Inklusion im täglichen Umgang mit anderen leben zu wollen. Da hilft oft auch gezeigter „guter Wille“ nur wenig weiter. Wegen zahlreicher, zu oft hoch errichteten, „Hürden“, reicht guter Wille allein deshalb nicht aus. Hier muss schon persönliches und nachhaltiges Engagement zum Einsatz gebracht werden.

Für ihren ambitioniert vorgetragenen Vortrag erhielt Frau Boban viel Beispiel.

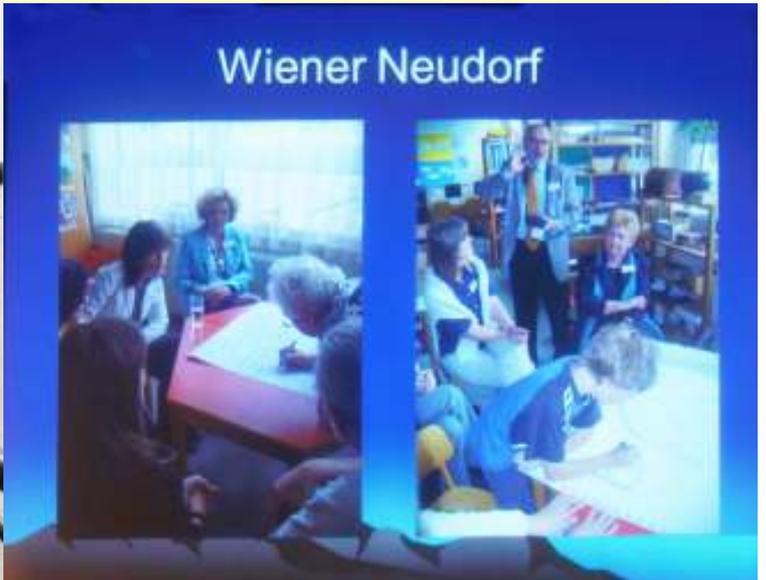
Die Veranstaltung, die von zwei jungen Männern per Laptop begleitet wurde, indem sie ein - auf eine Leinwand gezeigtes - Begleitprotokoll zum Mitlesen führten, musste um 18 Uhr beendet werden. Denn um 19 Uhr sollte in der Halle das Bürgerforum für das Mammutprojekt „Mitte-Altona“ durchgeführt werden. Weil Frau Haubenreisser vorher darum gebeten hatte, blieben zahlreiche Besucher, um auch an dieser Veranstaltung teilnehmen zu können.

Im Anschluss an die Nachmittagsveranstaltung gab es einen kleinen Imbiss in einer der Turnhallen der Theodor-Haubach-Schule. Eine rundum gelungene Veranstaltung.

### Hier noch einige Impressionen von der Veranstaltung:







Texte, Fotos und Layout:  
Wolfgang Vacano

## Gemälde und Gedicht von Wolfgang Vacano, Maler und Dichter, 1973, zum Thema Inklusion und die Vorurteile



### Vorurteile

Deine Zuwendung bedeutet viel,  
die Welt ist kalt - ohne Dein Gefühl.  
Die Gefühlskälte uns nicht nur streift,  
wenn sie nach unserer Seele greift.

Sorgen, die uns meist täglich quälen,  
können wir sie jemand erzählen?  
Der Umgang miteinander ist schwer,  
denn kaum einer zeigt Verständnis mehr!

Vorurteile sind's, die uns leiten,  
manche dadurch in Abseits gleiten.  
Vorurteile sind wie `ne Mauer,  
sie wirken nachteilig - auf Dauer!

Mit solch' Hindernissen im Leben,  
wie soll man da Gefühle geben?  
Wer diese „Wände“ überwindet,  
das große Glück im Leben findet!

# *Planung für die Umgestaltung des sog. Goetheplatzes ...*

**(Stand: Jan. 2012)**



Dieser Entwurfsplan wurde am 26. 1. 2012 an einer Schautafel im Kollegiensaal des Altonaer Rathauses gezeigt

# Planung für die Umgestaltung des sog. Goetheplatzes ...

## Zum besseren Verständnis

„Goetheplatz“, wie das klingt! Edel und nach Anspruch, oder? Aber wie sieht die Realität am sog. Goetheplatz aus? Den sog. **Goetheplatz** gibt es in Wirklichkeit gar nicht und deshalb sucht man diesen Goetheplatz im Hamburger (Altonaer) Stadtplan schon immer vergeblich. Das macht es

z. B. nicht den aus Altona kommenden Hamburgern oder gar Touristen schwer, den Platz aufsuchen zu können.

Denn der Goetheplatz ist „nur“ ein Platz oder eine Freifläche - die als Bindeglied zwischen der Gr. und der Neuen Gr. Bergstraße dient.



Im roten Kreis müsste eigentlich der Name Goetheplatz drin zu finden sein, aber er ist im Stadtplanausschnitt von 2009 nicht vorhanden ...

Aber auch als Fläche zwischen der Goethe- und der Altonaer Poststraße. Es liegt also nahe, dass der Platz deshalb seinen „edlen“ Namen erhielt. Ohne dass sie jemals offiziell diesen Namen erhielt. Aber witzig ist, dass jeder Altonaer diesen Ort kennt. Deshalb ist der Goetheplatz zu einem feststehenden Begriff im Stadtteil geworden.

Nur die älteren Altonaer werden sich noch daran erinnern (oder auch nicht?), dass diese „Freifläche“ erst dann geschaffen wurde, als man die Gr. Bergstraße wegen der geplanten neuen **S-Bahnstrecke** zwischen dem Nobistor und dem Altonaer Bahnhof (Planung „Neu-Altona“) in den neunzehnhundertsechziger Jahren umbauen musste. Denn es mussten dafür sogar z. B. die alten Häuser (die noch den Krieg überstanden hatten) abgerissen werden. Am Randes des neuen „Cannons“ errichtete man danach das sog. „frappant“ und das „Forum“ Anfang der neunzehnhundertsiebziger Jahre.

Dabei wurde auch ein neuer Straßenzug geplant, der vom alten Straßenverlauf der Gr. Bergstraße abweichen sollte.

Denn es sollte darunter die neue S-Bahn-Verbindung verlaufen und gleichzeitig eine neue direkte Bahnhofsanbindung der Einkaufsmeile u. a. für Fußgänger und Radfahrer geschaffen werden. Es entstand dadurch also die Neue Gr. Bergstraße.

Dafür hatten die Grundbesitzer Garten- und andere Flächen an die Stadt Hamburg - für aus heutiger Sicht wenig Geld - „abgeben“ müssen.

Denn die Alternative wäre eine Enteignung gewesen, die man vermeiden wollte ...

Auf der nun entstandenen Leerfläche ließ man die Errichtung von Pavillons nur aus dem Grunde zu, da man annahm, diese Provisorien, wenn die S-Bahn-Strecke gebaut werden sollte, innerhalb kurzer Zeit und ohne größeren Aufwand abreißen zu können.

Doch mit zunehmender Zeit verschlechterten

sich die wirtschaftlichen und vor allem die sozialen Umstände in dieser Region. Die Einkaufsmeile geriet ins Gerede.

Die Kunden blieben weg, orientierten sich neu! Der schleichende soziale und wirtschaftliche Verfall dauerte immerhin seit 1987 bis 2011 an. Was für ein Straßenschicksal!

Das frappant und das Forum verendete langsam aber sicher. Geschäfte wurden einfach aufgegeben. Die beliebten Pavillons wurden schon vor Jahren abgerissen.

Der höchste Leerstand, der in den letzten zehn Jahren erreicht je wurde, war, dass immerhin bis zu fünfzehn kleine Läden gleichzeitig leer standen und selbst bei einer unglaublichen Absenkung von Mietforderungen nur schwer wieder zu vermieten waren. Auch Karstadt machte Pleite und machte ersatzlos dicht.

Gut war, dass eine Sanierung der Gr. Bergstraße mit Finanzmitteln der Stadt Hamburg durchgeführt werden konnte. Auch ein Busverkehr wurde wieder eingerichtet. Aber die erhofften Erfolge für eine kontinuierliche Weiterentwicklung blieben jedoch sehr gering.

Nachdem zahllose Investoren für das frappant-Gebäude kamen und ohne Erfolge erreichen zu können, schnell wieder gingen, blieb IKEA als optimale Lösung der Probleme der Region übrig.

Bei den allgemeinen Verhandlungen mit IKEA wurde auch darauf Wert gelegt, dass nicht nur das neue IKEA-Kaufhaus auf dem Grundstück des ehemaligen und abgerissenen „frappant“ entstehen konnte, sondern auch darauf, dass auch der direkt vor IKEA befindliche „Goetheplatz“ eine Neugestaltung und vor allem auch neue Nutzungsmöglichkeiten erhalten sollte.

Das Ottensener Architekturbüro LRW wurde danach beauftragt, entsprechende Pläne zur Lösung der Probleme des Areals zu erarbeiten und diese dann in einer „Bürgerversammlung“ vorzustellen. Lesen Sie dazu den Bericht von der Versammlung.

# Städtebauliche Entwicklung Neue Große Bergstraße Neugestaltung Goetheplatz



Sanierungs- und Stadtumbaugebiet Altona-Altstadt S 5 Große Bergstraße / Nobistor

## Informations- und Diskussionsveranstaltung

Mittwoch, den 25. Januar 2012  
19:00 Uhr

Kollegiensaal, Rathaus Altona (Platz der Republik 1)



Veranstalter:  
Bezirksamt Altona  
Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt  
Kontakt:  
Pressestelle: Kerstin Godenschwege  
Tel.: 040 42811 1512, pressestelle@altona.hamburg.de

Moderation und Organisation:  
steg Hamburg mbH  
Stadtteilbüro Altona-Altstadt  
Tel.: 040 7525788-0  
Mail: [grosse.bergstrasse@steg-hamburg.de](mailto:grosse.bergstrasse@steg-hamburg.de)  
[www.grosse-bergstrasse.de](http://www.grosse-bergstrasse.de)



# Die Vorstellung der Architektenpläne für den Goetheplatz und die Gr. Bergstraße

Das Thema Neu- und Umgestaltung des „Goetheplatzes“ war ganz offensichtlich auf sehr großes öffentliches Interesse gestoßen. Denn am 26. Januar 2012 waren um 19 Uhr alle Stühle im Kollegienaal des Altonaer Rathauses besetzt und an den Wänden drängten sich noch zahlreiche weitere Informations- und Mitmachwillige. Zahlreiche Fernsehkameras waren aufgebaut worden, um das Geschehen im Bilde festhalten zu können. Im Zuschauerraum war auch der eine oder andere Altonaer oder Hamburger Journalist (BILD und Elbe-Wochenblatt) zu entdecken.

Also konnten sich die Veranstalter nicht über ein mangelndes Interesse beklagen und es stand einer informativen Veranstaltung, auf die sehr viele Besucher schon länger gewartet haben, um hier ihre Meinung und Vorschläge vorstellen zu können, eigentlich nichts mehr im Wege.

Gleich zu Beginn wurden mehrere Spruchbänder vor den zugezogenen Vorhängen der Fens-



**Frau Loosen ( vom Büro LRW) und Herr Dr. Großmann (vom Büro SBI) stellen die erarbeiteten Gestaltungs- und Nutzungspläne vor**

terfront des Kollegienaals entrollt, auf denen einfache Parolen zu lesen waren wie: „Treibt es nicht auf die Spitze!“ (Damit war wohl die geplante Neubebauung des Rands des Goethe-



**Die beiden ausgerollten Spruchbänder vor den Fenstervorhängen**



Die Spruchbänder vor der Emporenwand

platzes mit einem sechsstöckigem Gebäude gemeint?) und „Hände weg vom Goetheplatz“. Hier war der eigentlich Sinn, der Forderung leider nicht jedem Besucher klar.

Im späteren Verlauf der Veranstaltung wanderten die Aktivisten mit ihren Spruchbändern auf die Empore des Kollegiensaaus.

Wohlthuend war in jedem Falle, dass es nicht, wie anfangs vermutet wurde, wieder wie auf einer Veranstaltung zum „Zukunftsplan Altona“ wieder zu einem Schrei- oder Pfeifkonzert kam und deswegen die damalige Veranstaltung aufgelöst werden musste, da eine andere Lösung nicht in Frage kam. Und das kam gut an. Denn es herrschte eine gespannte Erwartungshaltung. Würde diese wohl erfüllt werden?

In jedem Falle konnte der Baudezernent des Altonaer Rathauses, **Dr. Reinhold Gütter**, in Ruhe die Veranstaltung eröffnen. Mit ihm auf dem „Podium“ saßen Herr **Conrad**, Leiter des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung Altona, Herr **Langbehn**, Leiter des Verbraucherschutzamtes Altona, Herr **Butenschön**,

Leiter des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes Altona, Frau **Loose** (Büro LRW) und Herr Dr. **Großmann** (Büro SBI). Ebenso war die Hamburger Stadtentwicklung (steg) mit Herrn Schmitz und Herrn Kropshofer vertreten.

Leider zog sich der von Dr. Gütter gestaltete Beginn der Veranstaltung etwas in die Länge, da Frau Loose (Büro LRW am Klopstockplatz), noch nicht eingetroffen war, um die vorgesehene Vorstellung der Planungsentwürfe vornehmen zu können.

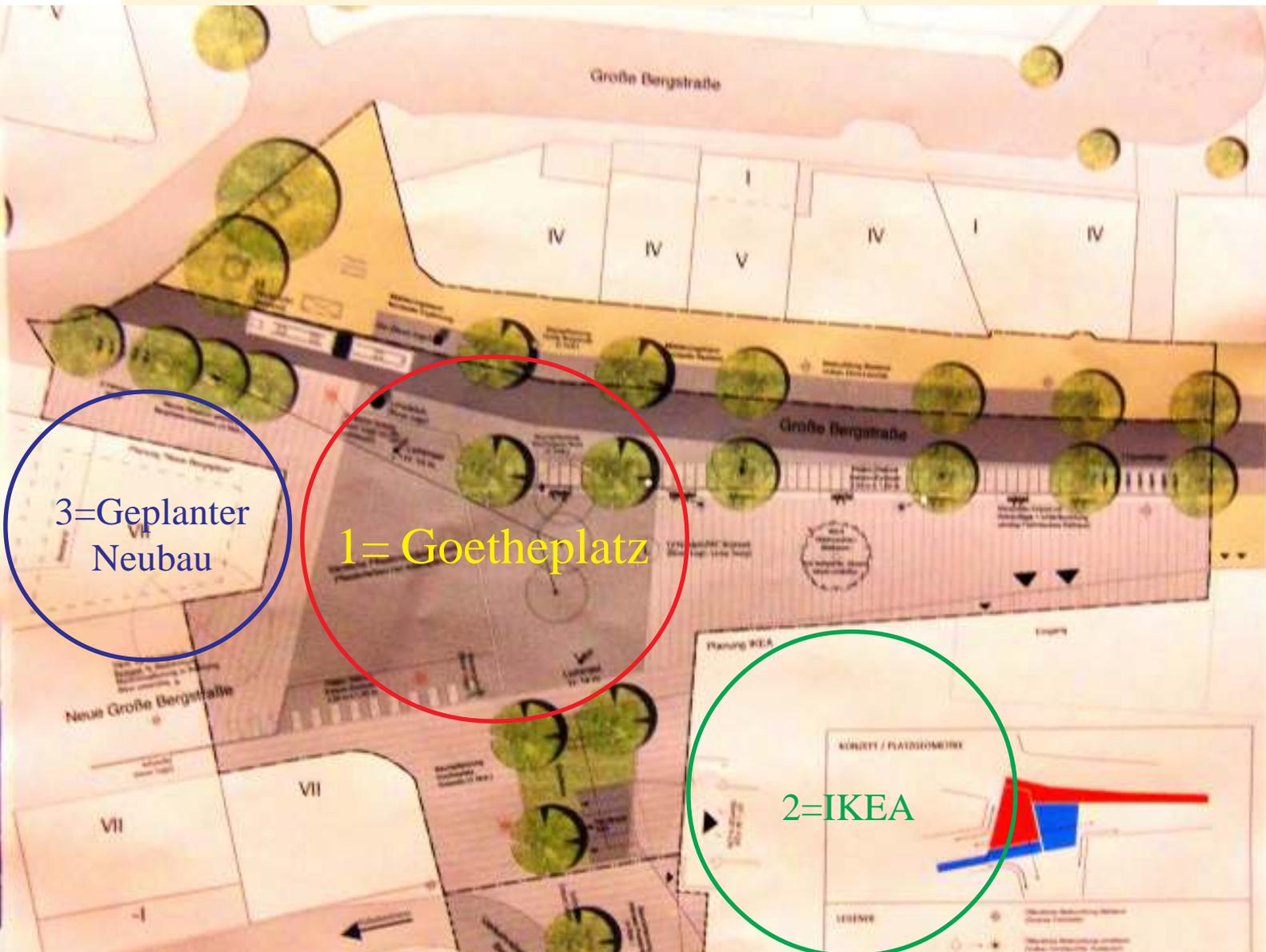
Leider wurde die Zeit nicht genutzt, um das Publikum von vorn herein auf den Ablauf der Veranstaltung vorzubereiten. Das kam beim Publikum schon von Anfang an nicht gut an.

Da traf es sich gut, dass Frau Loose doch noch früher eintraf als zuvor angenommen wurde. Per Beamer wurden nun nacheinander eine ganze Reihe von Bildern mit zahlreichen Planungsergebnissen auf die riesige Leinwand geworfen, die sogar lässig das gewaltige Dettmann-Gemälde „Ankunft der Glaubensflüchtlinge in Altona“ überdeckte.

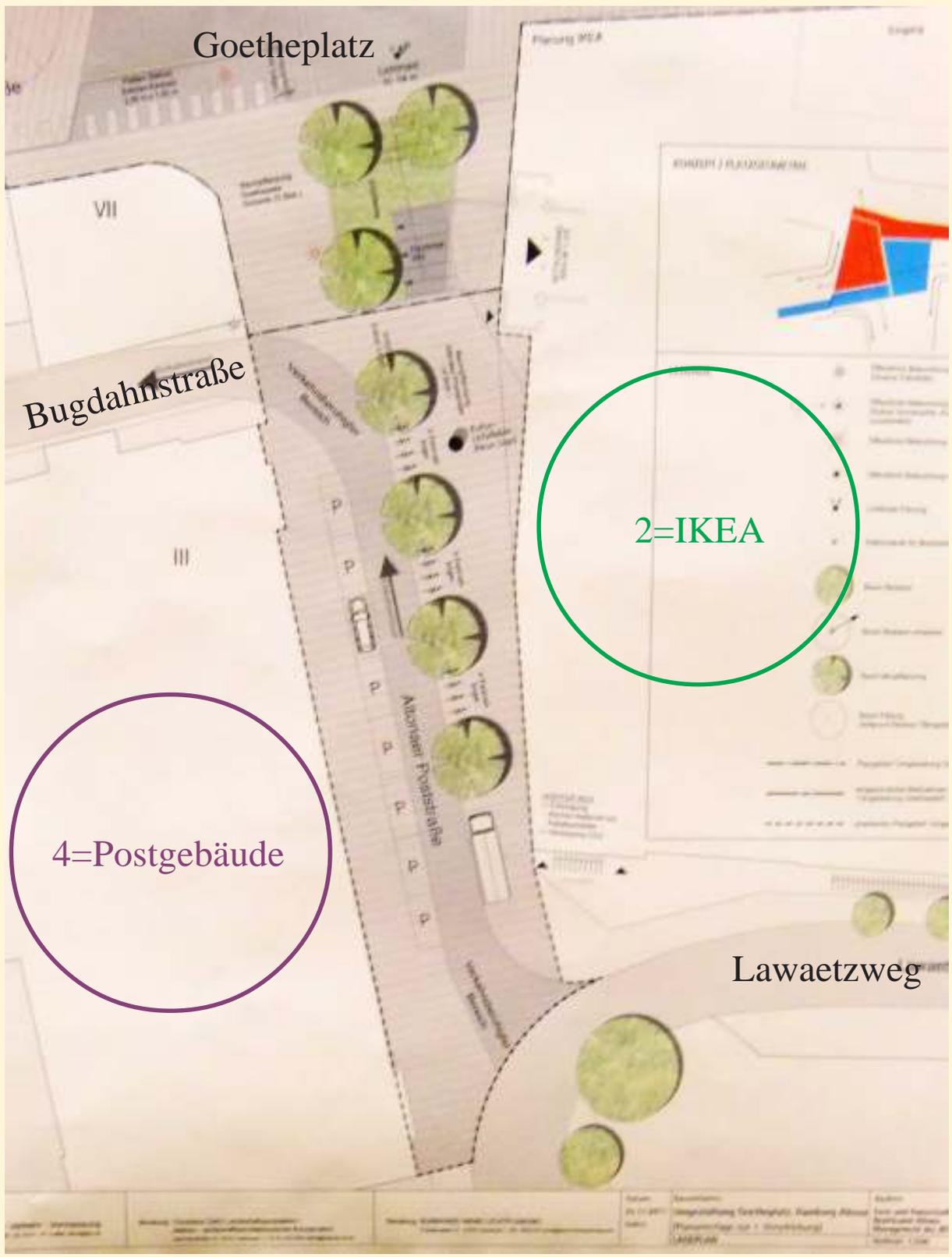
## Hier weitere Impressionen von der Veranstaltung:

### Hier noch ein Hinweis:

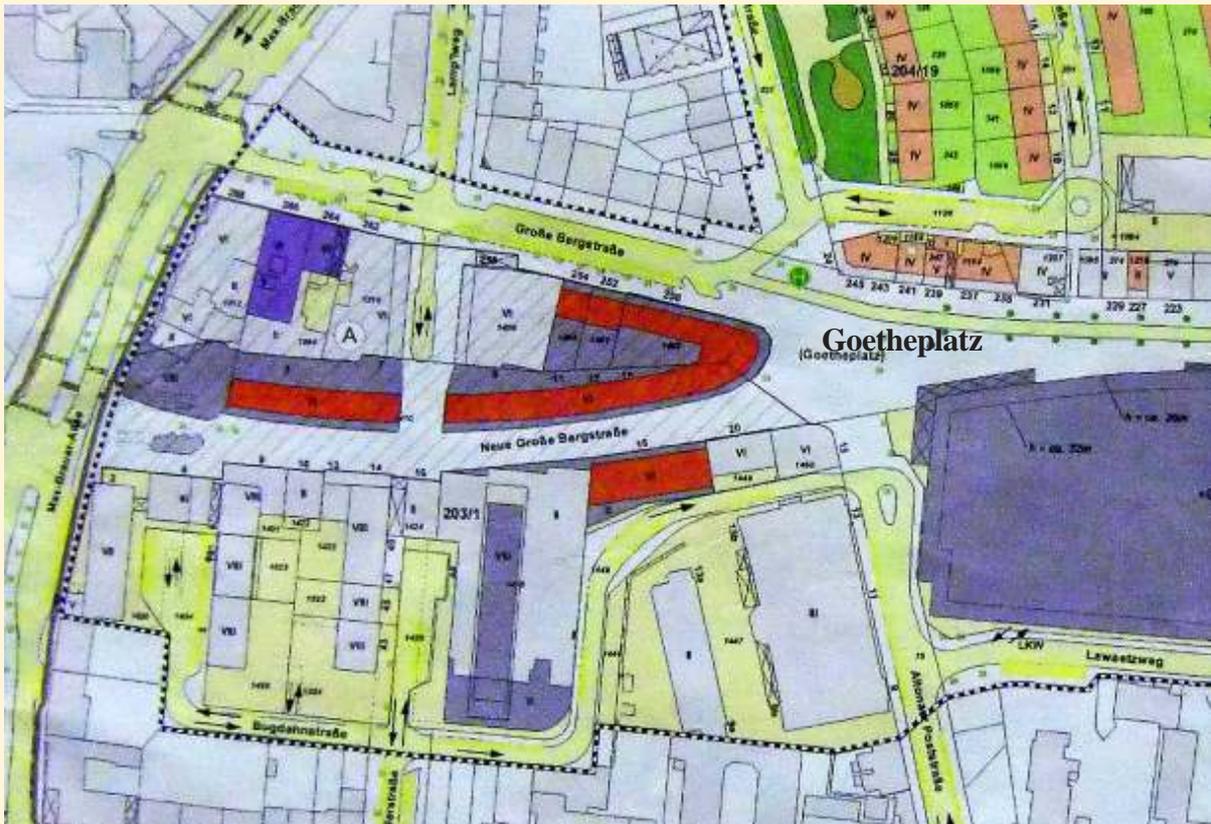
Die nachfolgenden Abgaben wurden von der Leinwand ab fotografiert und haben deshalb nicht die Qualität normaler Aufnahmen!



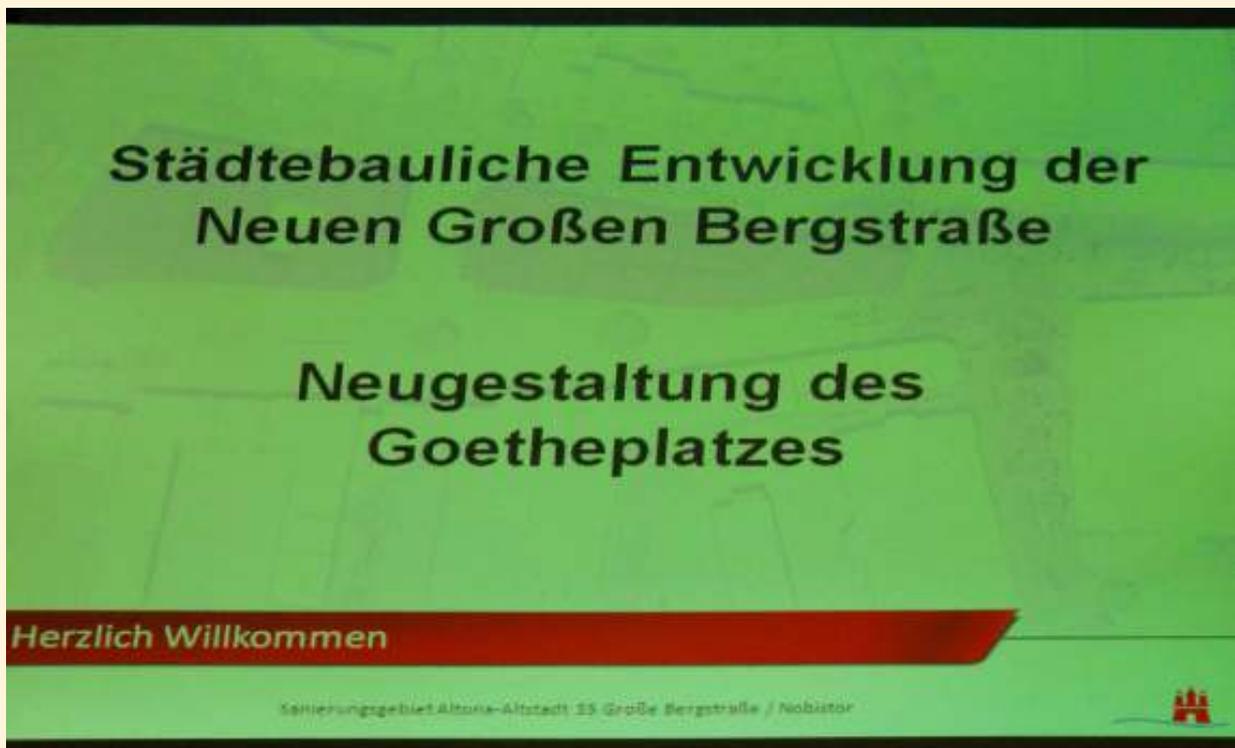
So sah der Entwurfsplan für die Umgestaltung des Goetheplatzes auf der Leinwand aus. Diese Abbildung ist auf den ersten Blick für den Nichtinformierten nicht leicht zu „lesen“. Damit Sie einen kleinen Überblick erhalten, wurden drei farbige Kreise mit Erläuterung vom Altonaer Stadtarchiv eingearbeitet. Durch den Neubau des IKEA-Gebäudes (Kreis 2) und des Neubaus (Kreis 3) wird die Fläche des Goetheplatzes in geringerem Maße verkleinert.



**Auf dieser Abbildung ist die Draufsicht auf die Altonaer Poststraße zu sehen. In Richtung nach oben mündet der Straßenverlauf auf der Entwurfszeichnung direkt in den Goetheplatz. Auch hier wurden zur besseren Orientierung zwei Kreise und die wichtigen Straßenbezeichnungen eingearbeitet.**



Dieser Planausschnitt (an einer Plakatwand) zeigt die geplanten Neubauvorhaben in der Gr. und Neuen Gr. Bergstraße. Diese Vorhaben sind in diesem Falle rot markiert hervorgehoben.



Mit dem obigen Schaubild begann die Präsentation

Es ging um Lebens- und Wohnqualität, aber auch um Beleuchtung, Verschattung und Windbelastungen, Fluchtwege und Feuerwehrzufahrten, bequeme Bänke ...

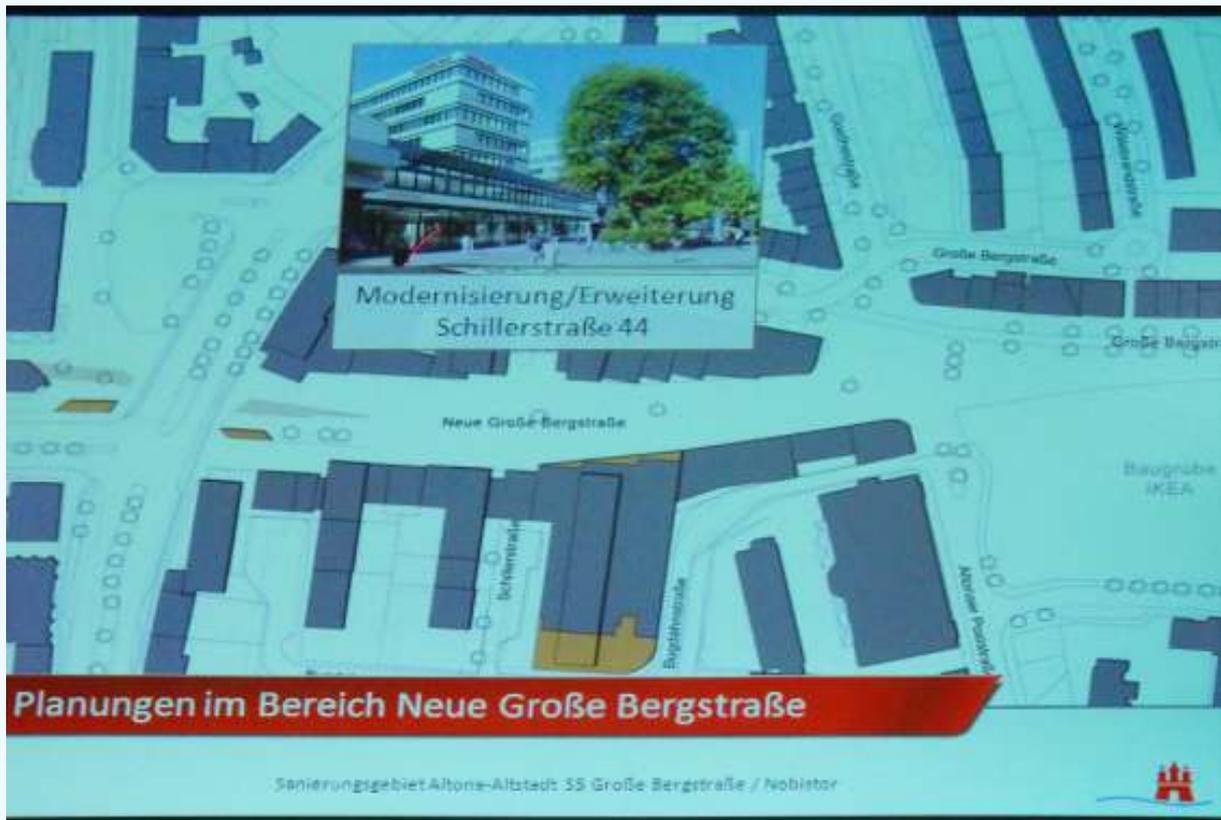
Wie sollten all diese wichtigen Aspekte bei der Neugestaltung des Goetheplatzes und seiner Anlieger unter einen Hut gebracht werden? Frau Loose stellte mit Hilfe einiger Planzeichnungen die Vorstellungen zu den o. a. Aspekten vor. Dabei gab es immer wieder zahlreiche Zwischenrufe, wie: „Das dient doch alles nur den Investoren!“ oder: „Wir wollen mehr Lebensqualität!“, die von Beifall begleitet wurden.



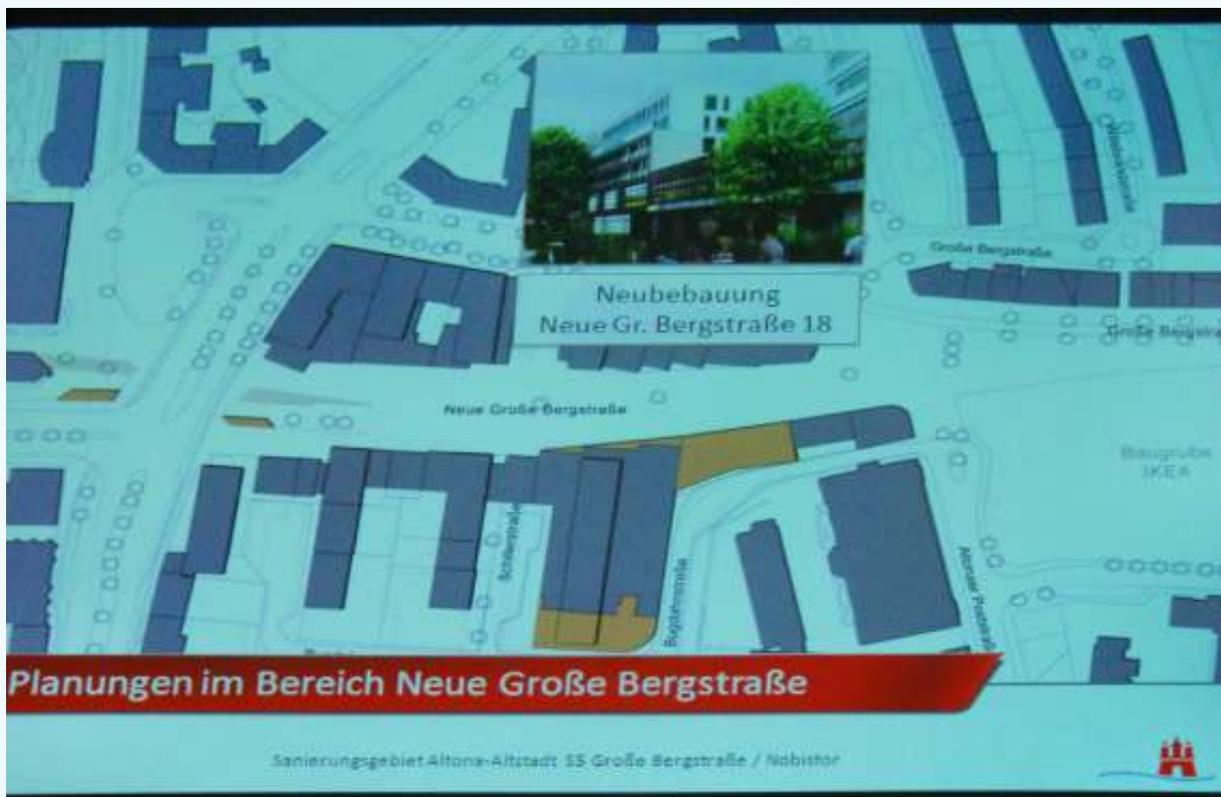
## Städtebaulicher Bestand

Sanierungsgebiet Altona-Altbau 35 Große Bergstraße / Nobistor

**Zuerst stellte Frau Loose mit einem dieser Schaubilder den Städtebaulichen Bestand der Gr. und der Neuen Gr. Bergstraße - mit Blick auf den Goetheplatz (roter Punkt) vor.**



Es wurden aber auch die Planungen im Bereich der Neuen Gr. Bergstraße vorgestellt. Mit diesem Schaubild wurde auf die derzeitig laufende Modernisierung / Erweiterung Schillerstraße 44 hingewiesen.



Die beige gestalteten Flächen stellen die Flächen dar, die neu bebaut werden sollen.

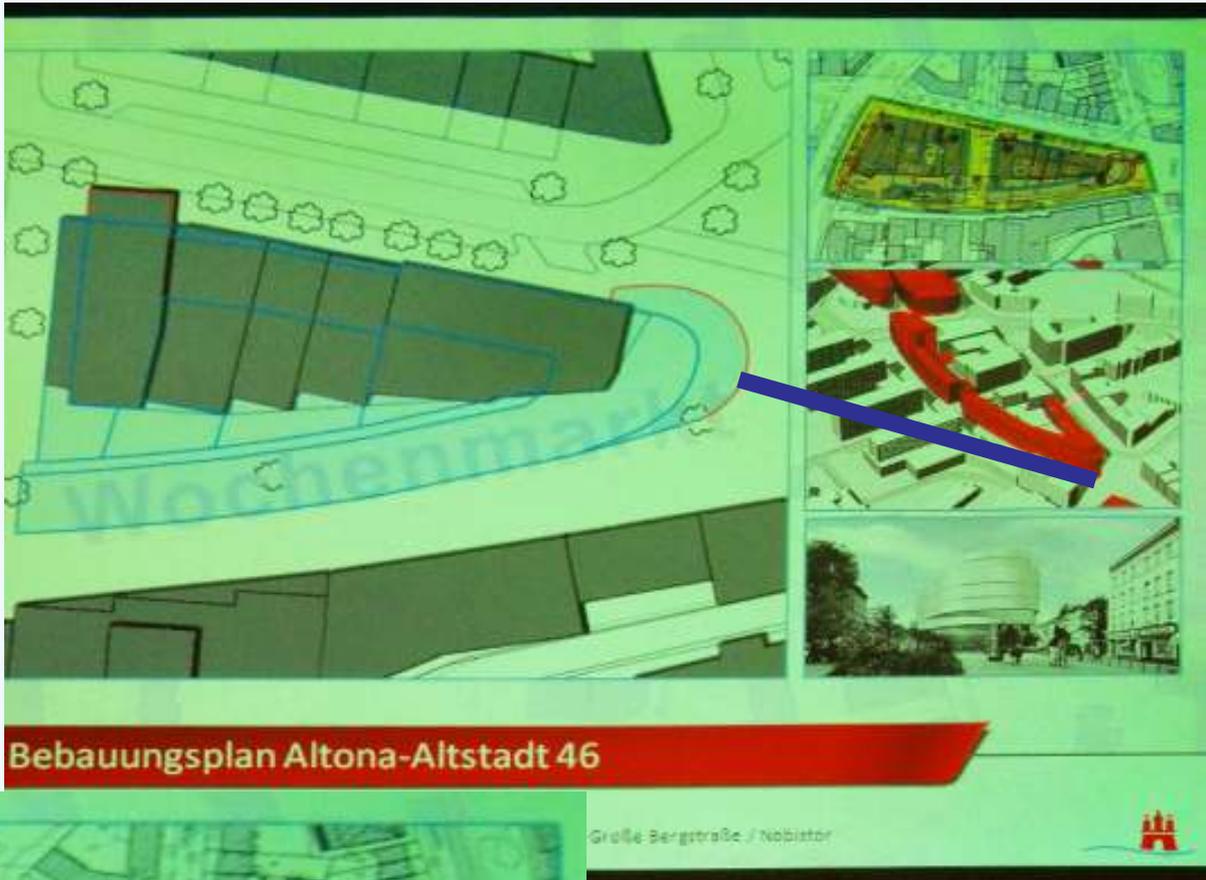
Es ging aber auch um die Existenz des wichtigen Wochenmarktes in der Neuen Gr. Bergstraße ...



Es wurde mehrfach zugesichert, den Wochenmarkt in der Neuen Gr. Bergstraße auch weiterhin dort anzusiedeln. Er soll Platz bis zum Fußgängertunnel erhalten ...



Die rot und hellblau markierten Bereiche stellen die Flächen dar, die neu bebaut werden. Diese befinden sich in privater Hand und damit gilt ein wesentlich eingeschränktes Bau-recht. Das Bezirksamt hat hier nur wenig Möglichkeiten der Einflussnahme!



## Bebauungsplan Altona-Altstadt 46

Große Bergstraße / Nobistor

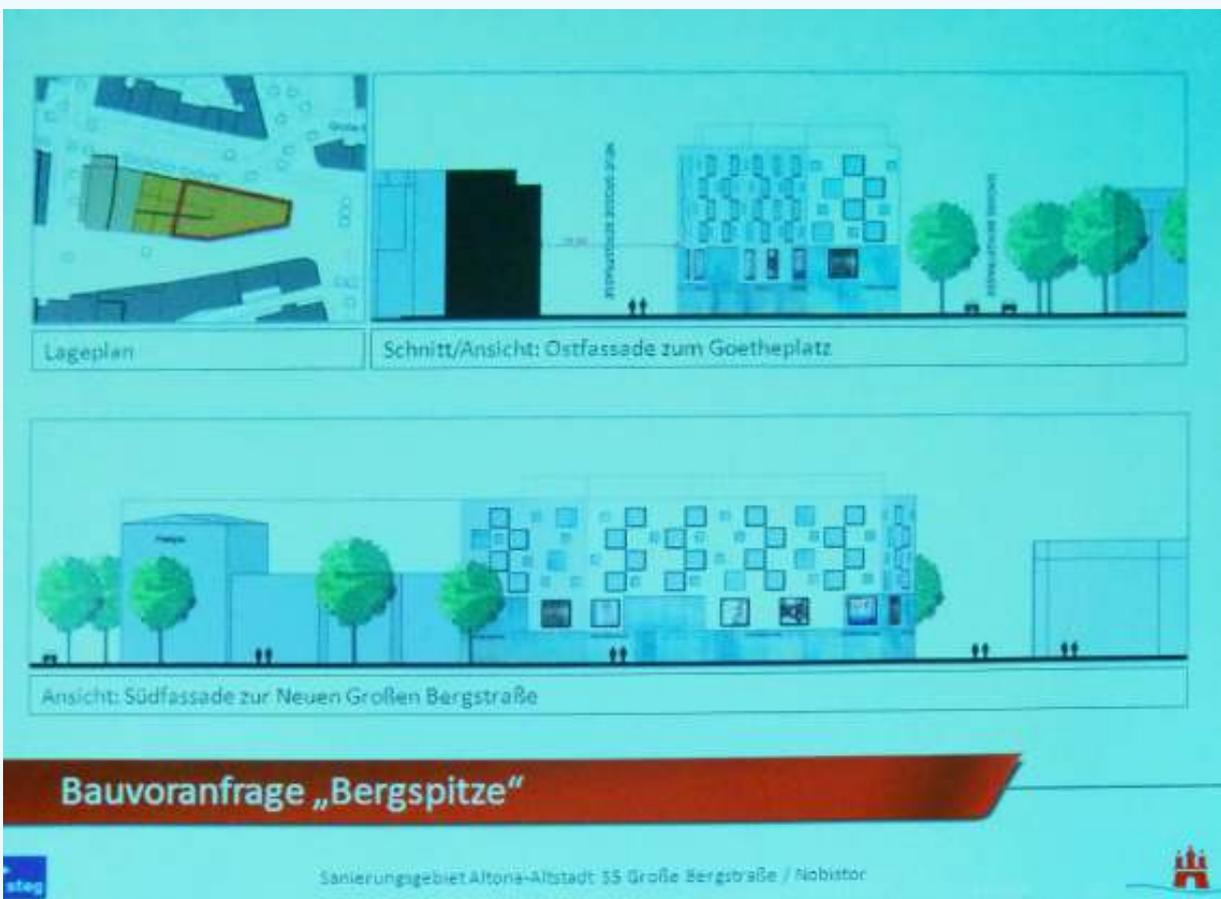


**An der Spitze des Goetheplatzes soll ein städtebaulich relevantes Gebäude entstehen**

**Das links abgebildete Gebäude soll dem Goetheplatz noch zusätzlich zur IKEA-Fassade ein neues „Gesicht“ geben. Hier gab es im Publikum erhebliche Bedenken wegen der eventuell stattfindenden „Verschattung“ der Sonneneinstrahlung und einer veränderten Thermik**



Auch die „Anpassung des Baurechts“ wurde per Darstellung thematisiert. Die ursprüngliche Planung stammt aus dem Jahre 2004



Die Bauvoranfrage ist von baurechtlicher Wichtigkeit und bindet die Beteiligten. Hier sind bereits die geplanten Fassaden und die Anzahl der Stockwerke zu erkennen

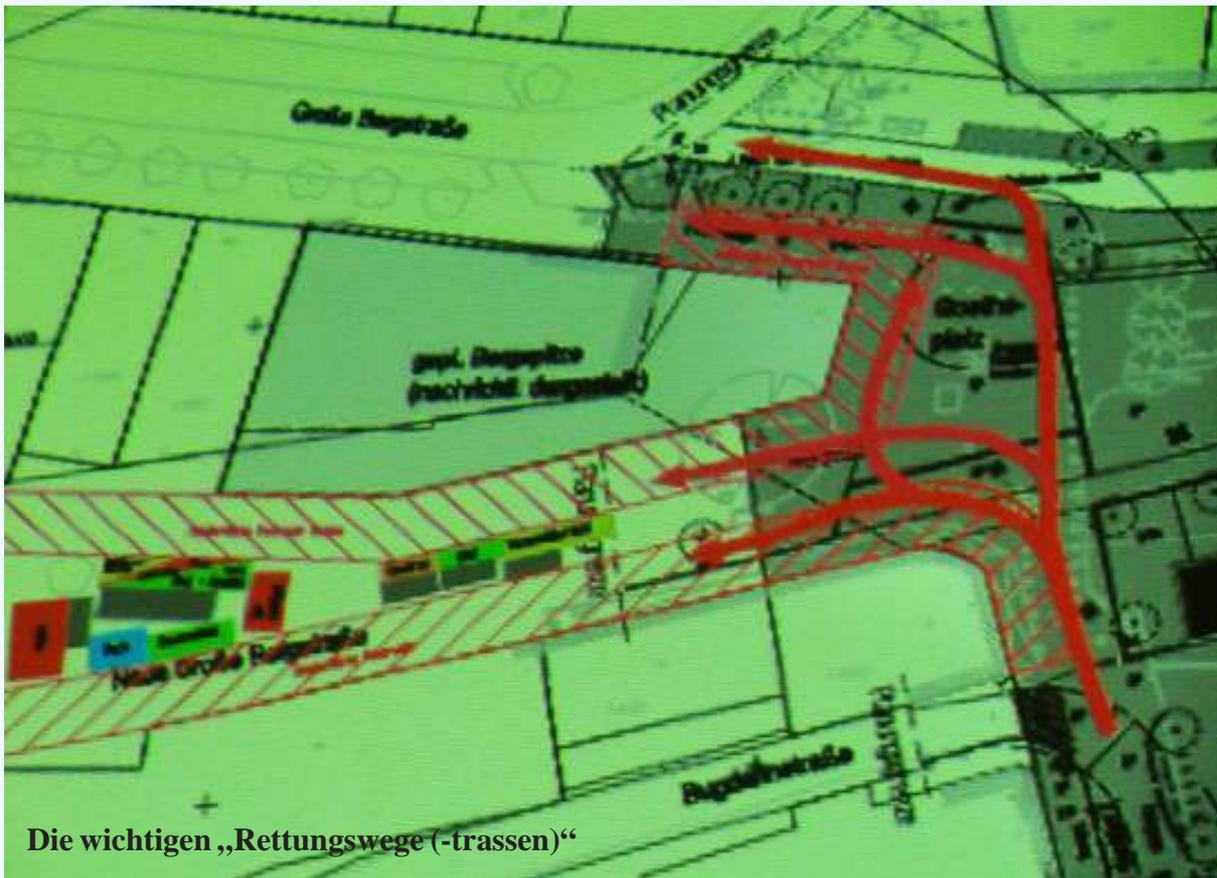


Die Beanspruchung öffentlicher Flächen war ein besonderer Punkt für das Publikum, dass erst darüber informiert werden musste, dass ein Antragsteller auch das Recht hat, öffentliche Flächen in Anspruch nehmen zu können. Das kann vom Bezirksamt nicht verwehrt werden!

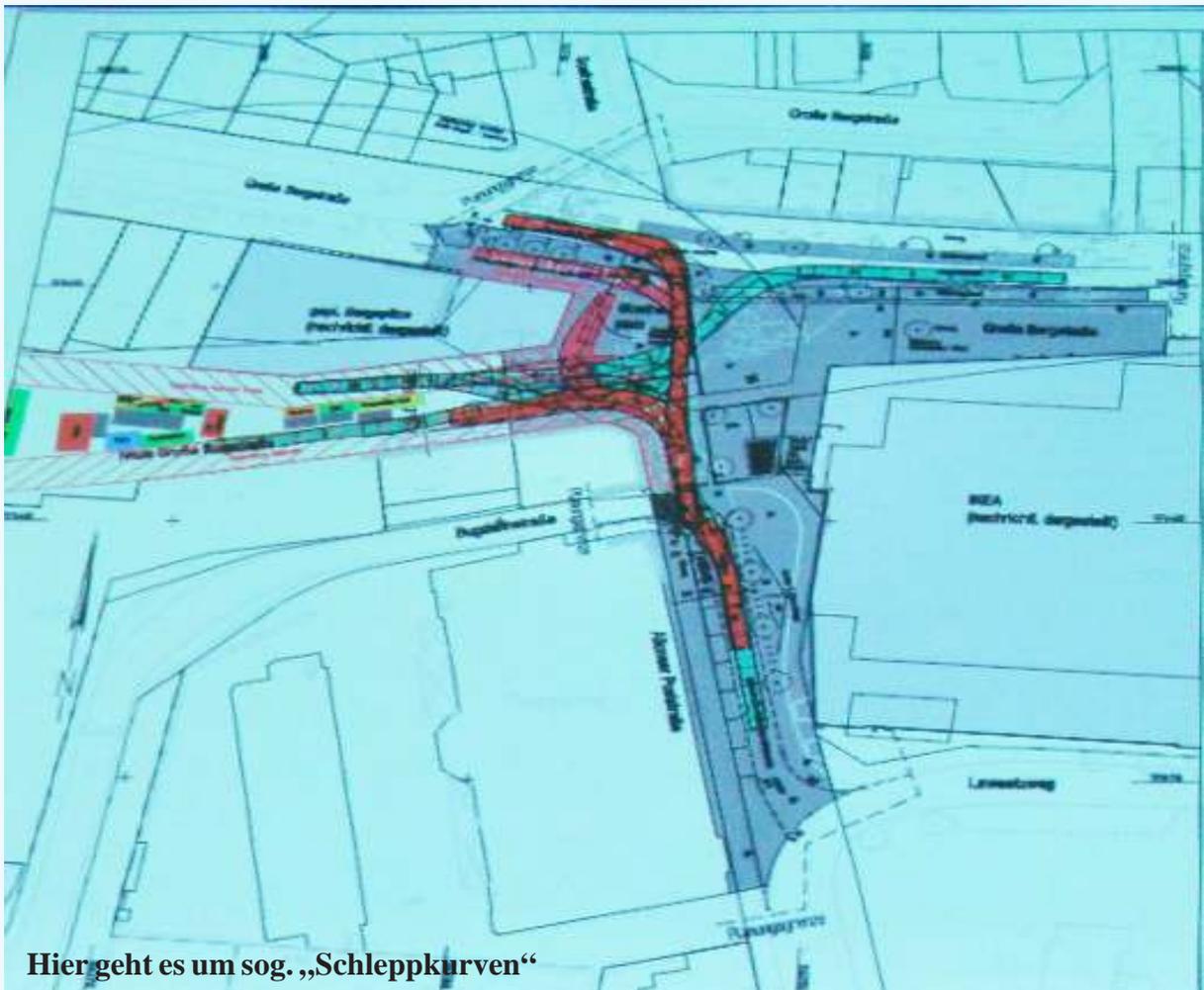


Das Areal, auf dem die Neubaumaßnahmen durchgeführt werden sollen in einer Vergrößerung

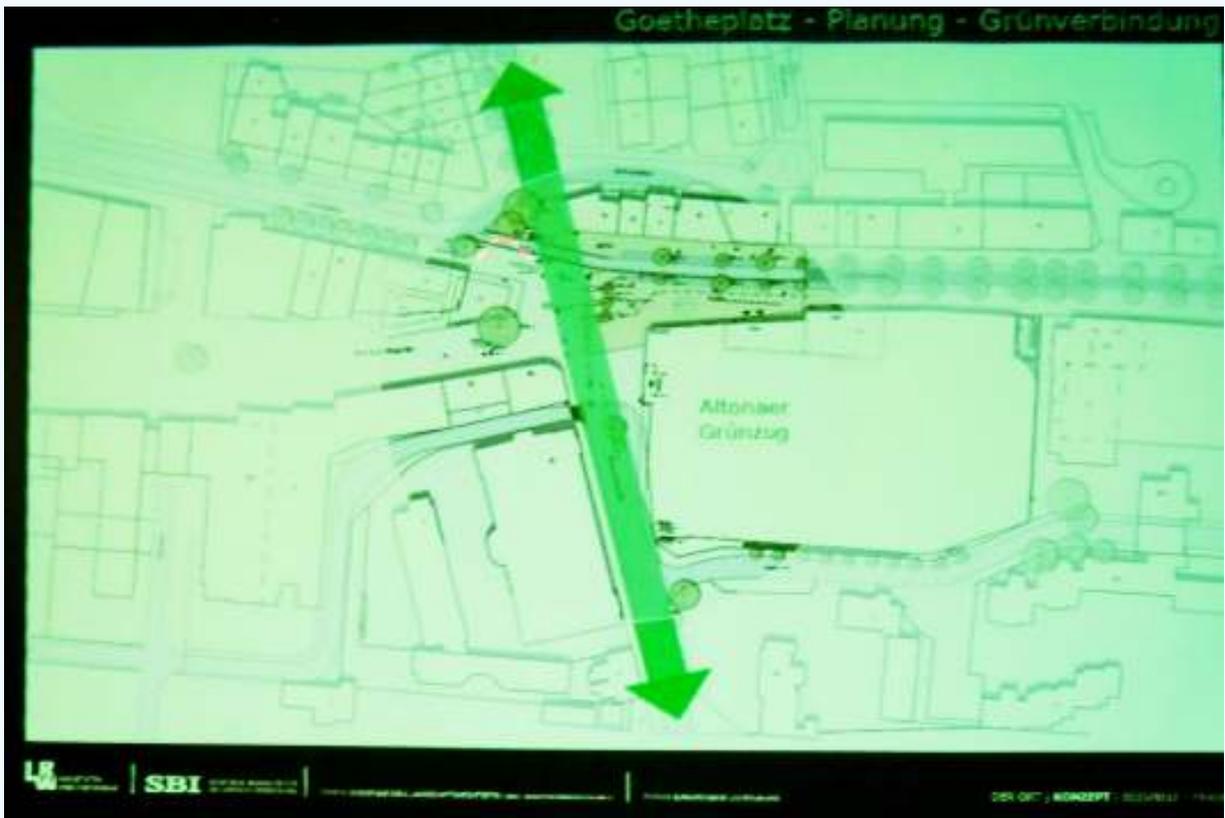




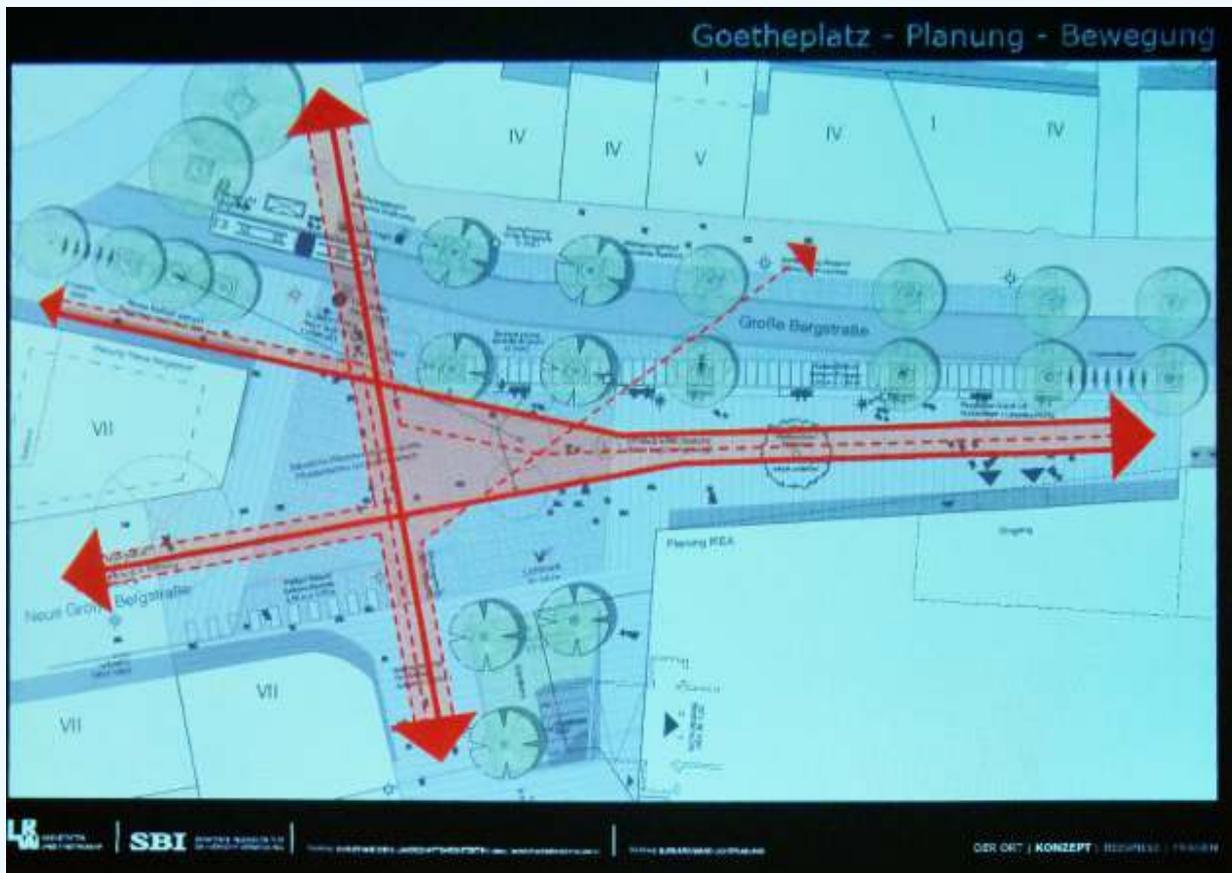
Die wichtigen „Rettungswege (-trassen)“



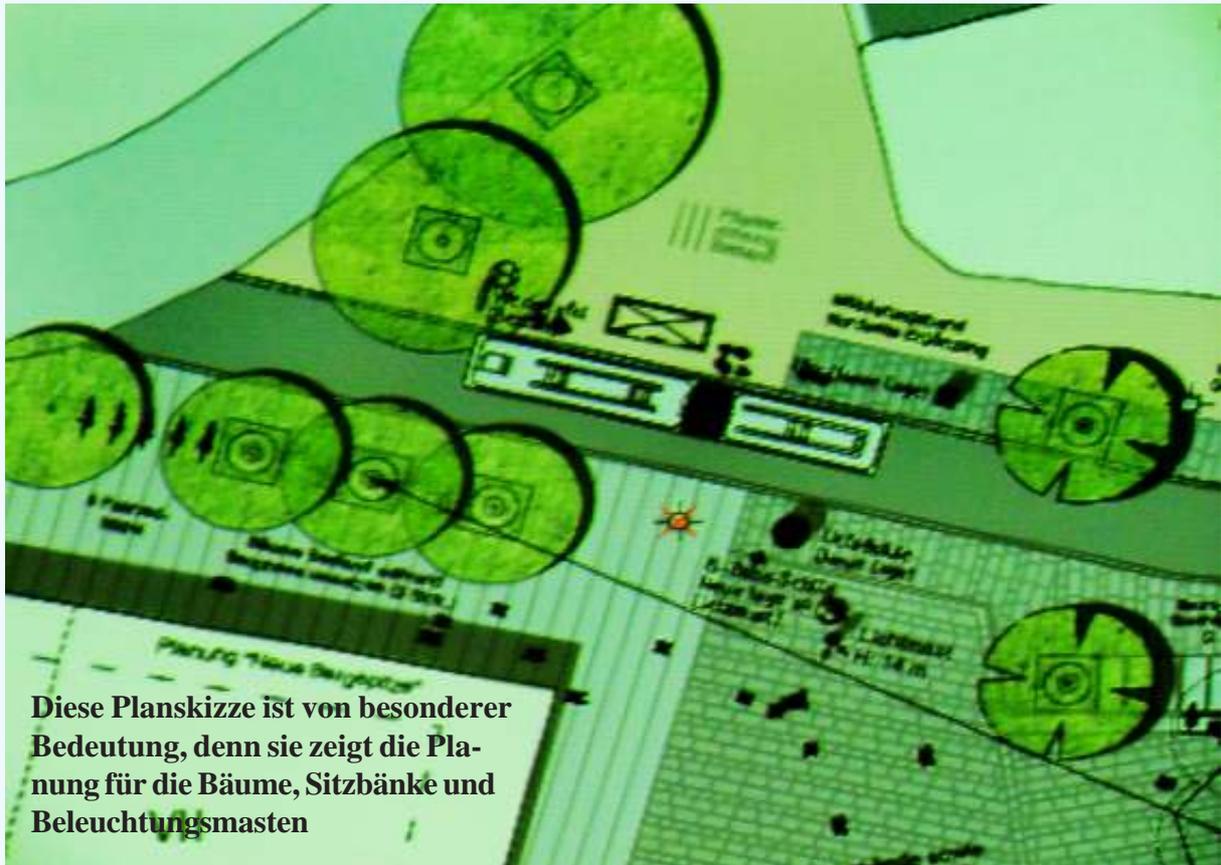
Hier geht es um sog. „Schleppkurven“



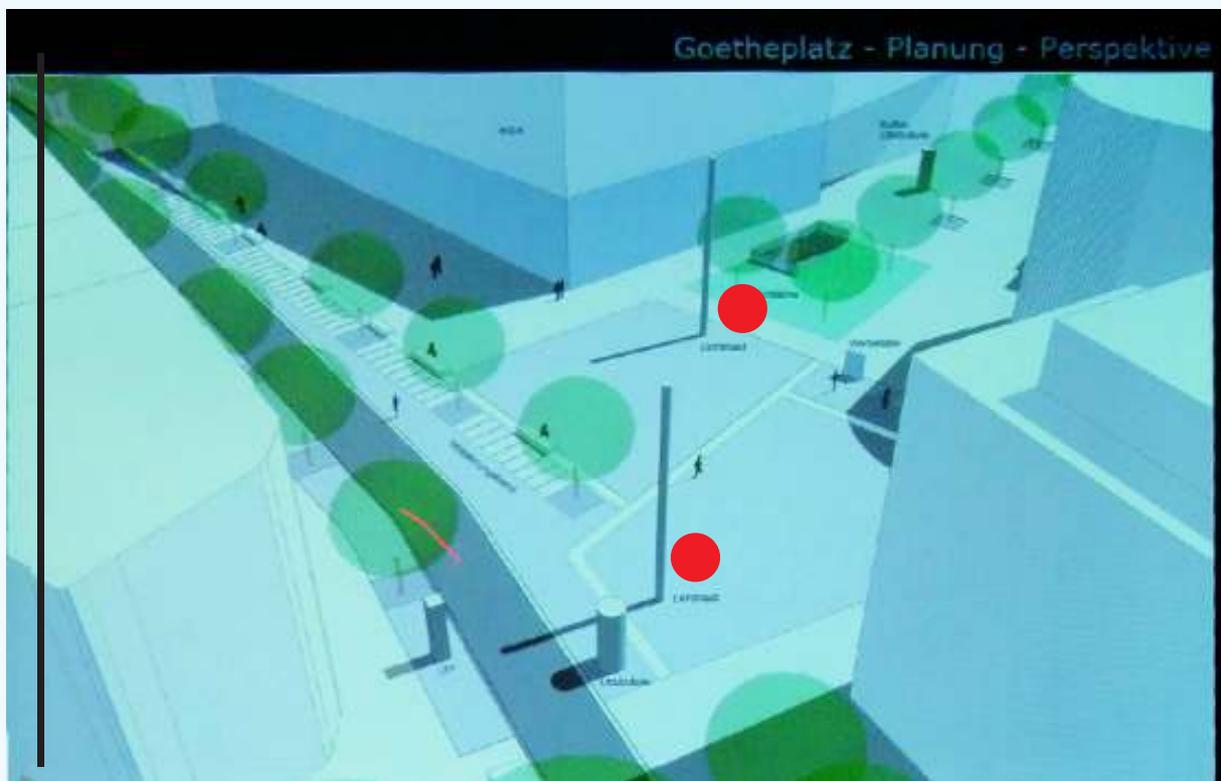
Auch an eine Fortführung eines Grünzuges wurde mit geplant



Planskizze für Bewegungsströme



**Diese Planskizze ist von besonderer Bedeutung, denn sie zeigt die Planung für die Bäume, Sitzbänke und Beleuchtungsmasten**



**Die roten Punkte markieren die für die Aufstellung der geplanten hohen Lichtmasten erforderlichen Standorte**

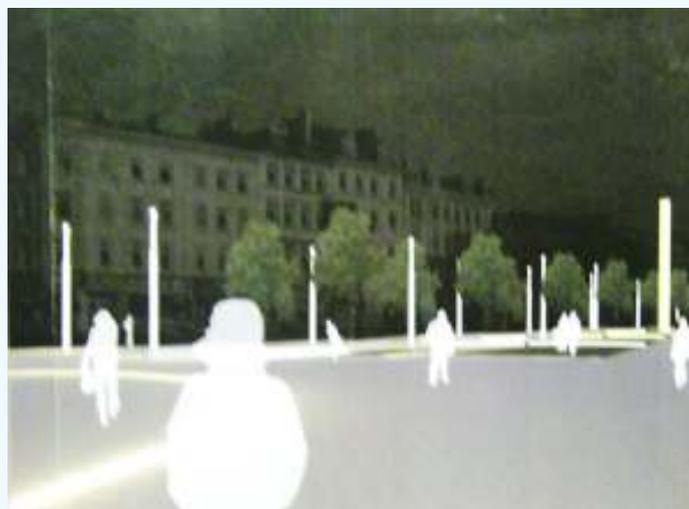


Diese Abb. zeigt die Gesamtfläche der Planung mit Baumbestand



Ausschnitt vom „Schlussbild“ der Beamerschau

*Hier noch einmal zum Vergleich ein Ergebnis eines „Studentischen Wettbewerbs 2006 zum direkten Vergleich*



# Weitere Impressionen von der Veranstaltung

## Mehr Mitwirkung ist gefragt ...

Ein Kommentar von Wolfgang Vacano

Um es vorweg zu nehmen: Seit längerer Zeit ist es offensichtlich geworden, dass die Bürger aktiv mitmachen und mitgestalten wollen, wenn es um die Weiterentwicklung ihres eigenen Lebensbereichsumfeldes geht.

Es wird dabei aber auch immer deutlicher, dass die an Vorschriften und Vorgaben gebundenen Behörden sich dabei immer schwerer tun, den Bürgern erklären zu müssen, warum bestimmte Vorhaben, wie z. B. die Umgestaltung der Gr. und der Neuen Gr. Bergstraße und des sog. Goetheplatzes besonders in den Details des Baurechts in der Umsetzung so kompliziert sind.

Dabei muss immer mitbedacht werden, dass der „normale Bürger“ nicht immer mit dem Hamburger Baugesetzbuch unter dem Arm herum läuft. Denn wer kennt schon z. B. den wichtigen § 165 des Baugesetzes auswendig? Dieses Wissen scheint bei solchen Veranstaltungen für den Bürger immer wichtiger zu werden, um überhaupt das erforderliche Verständnis für solche Verfahren entwickeln zu können.

Dieser „Mangel“ wird oft durch das erhebliche persönliche Engagement der Protagonisten ausgeglichen, wobei gleichzeitig immer mitgelernt wird!

### Deshalb trifft hier die „Obrigkeit“ eine doppelte Verantwortlichkeit:

1. Uneingeschränkt zu akzeptieren, dass z. B. das Vorstellen eines Bau- oder Sanierungsverfahrens kein Selbstzweck für die zuständige Behörde ist, sondern eine „Bringschuld“ dem Bürger gegenüber! Dem entsprechend muss auch gehandelt werden.
2. Zu verinnerlichen, dass eine „**Informationsveranstaltung**“ keine eigentliche „**Bürgerbeteiligung**“ sein kann, wenn während der Veranstaltung Änderungswünsche in der Planung und Ausführung vom Publikum gewünscht werden, die zwar im Plenum vorgebracht werden, aber danach ohne Resonanz der Behörden bleiben, da dieser Weg noch nicht **fest** vorgesehen ist!
3. Deshalb ist die Einführung von **Abstimmungsverfahren** für das Plenum auf derartigen Informationsveranstaltungen ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, damit die Behörden ein Abstimmungsergebnis an die Hand bekommen können, welches danach in dem Verfahren Bedeutung erlangen soll.
4. Es sollte im Anschluss an solche Veranstaltungen, auf denen Bürger Änderungswünsche hatten oder gar vollkommen gegen die Umsetzung einer vorgestellten Maßnahme waren, für die Behörden eine „**öffentliche Informationspflicht**“ (über die Medien) geben, damit der Bürger erkennen kann, ob das „**Votum**“ dafür oder dagegen im weiteren Verfahren berücksichtigt wurde oder nicht.

*Damit Sie ein wenig „mitreden“  
können, möchte Ihnen das Altonaer  
Stadtarchiv die sich aus dem o. a.  
Kommentar ergebenden  
Informationen nicht vorenthalten.  
Deshalb hier der Text des § 165  
Baugesetz zu Ihrer Information:*

### **§ 165 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen**

- (1) Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen in Stadt und Land, deren einheitliche Vorbereitung und zügige Durchführung im öffentlichen Interesse liegen, werden nach den Vorschriften dieses Teils vorbereitet und durchgeführt.
- (2) Mit städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen nach Absatz 1 sollen Ortsteile und andere Teile eine Gemeindegebiets entsprechend ihrer besonderen Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung der Gemeinde oder entsprechend der angestrebten Entwicklung des Landesgebiets oder der Region erstmalig entwickelt oder im Rahmen einer städtebaulichen Neuordnung einer neuen Entwicklung zugeführt werden.
  - (3) Die Gemeinde kann einen Bereich, in dem eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme durchgeführt werden soll, durch Beschluss förmlich als städtebaulichen Entwicklungsbereich festlegen, wenn
    1. die Maßnahme den Zielen und Zwecken nach Absatz 2 entspricht,
    2. das Wohl der Allgemeinheit die Durchführung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen erfordert, insbesondere zur Deckung eines erhöhten Bedarfs an Wohn- und Arbeitsstätten, zur Errichtung von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen oder zur Wiedernutzung brachliegender Flächen,
    3. die mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme angestrebten Ziele und Zwecke durch städtebauliche Verträge nicht erreicht werden können oder Eigentümer der von der Maßnahmen betroffenen Grundstücke unterentsprechender Berücksichtigung des § 166 Abs 3 nicht bereit sind, ihre Grundstücke an die Gemeinde oder den von ihr beauftragten Entwicklungsträger zu dem Wert zu veräußern, der sich in Anwendung des § 169 Abs. 1 Nr. 6 und Abs 4 ergibt,
    4. die zügige Durchführung der Maßnahme innerhalb eines absehbaren Zeitraums gewährleistet ist.
- (3) Die öffentlichen und privaten Belange sind gegeneinander und untereinander abzuwägen.
- (4) Die Gemeinde hat vor der förmlichen Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs die vorbereitenden Untersuchungen durchzuführen oder zu veranlassen, die erforderlich sind, um Beurteilungsunterlagen über die Feststellungsvoraussetzungen nach Absatz 3 zu gewinnen. Die §§ 137 bis 141 sind entsprechend anzuwenden.
- (5) Der städtebauliche Bereich ist so zu begrenzen, dass sich die Entwicklung zweckmäßig durchführen lässt. Einzelne Grundstücke, die von der Entwicklung nicht betroffen werden, können aus dem

**Wird auf Seite 62 fortgesetzt!**

Bereich ganz oder teilweise ausgenommen werden. Grundstücke, die in den in § 26 Nr. 2 und § 35 Abs. 1 Nr. 7 bezeichneten Zwecken dienen, die in § 26 Nr. 3 bezeichneten Grundstücke sowie Grundstücke, für die nach § 1 Abs. 2 des Landesbeschaffungsgesetzes ein Anhörverfahren eingeleitet worden ist, und bundeseigene Grundstücke, bei denen die Absicht, sie für Zwecke der Landesverteidigung zu verwenden, der Gemeinde bekannt ist, dürfen nur mit Zustimmung des Bedarfsträgers in den städtebaulichen Entwicklungsbereich einbezogen werden. Der Bedarfsträger soll seine Zustimmung erteilen, wenn auch die Berücksichtigung seiner Aufgaben ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Durchführung der städtebaulichen Maßnahme besteht.

- (6) Die Gemeinde beschließt die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs als Satzung (Entwicklungssatzung). In der Entwicklungssatzung ist der städtebauliche Entwicklungsbereich zu bezeichnen.
- (7) Der Entwicklungssatzung ist eine Begründung beizufügen. In der Begründung sind die Gründe darzulegen, die die förmliche Festlegung des entwicklungsbedürftigen Bereichs rechtfertigen.
- (8) Der Beschluss der Entwicklungssatzung ist ortsüblich bekannt zu machen. § 10 Abs. 3 Satz 2 bis 5 ist entsprechend anzuwenden. In der Bekanntmachung nach Satz 1 ist auf die Genehmigungspflicht nach den §§ 144, 145 und 153 Abs. 2 hinzuweisen. Mit der Bekanntmachung wird die Entwicklungssatzung rechtsverbindlich.
- (9) Die Gemeinde teilt dem Grundbuchamt die rechtsverbindliche Entwicklungssatzung mit. Sie hat hierbei die von der Entwicklungssatzung betroffenen Grundstücke einzeln aufzuführen. Das Grundbuchamt hat die in Grundbücher dieser Grundstücke einzutragen, dass eine städtebau-

liche Entwicklungsmaßnahme durchgeführt wird (Entwicklungsvermerk). § 54 Abs. 2 Satz 1 und Abs 3 ist entsprechend anzuwenden.

*Diese Fassung stammt aus dem Jahre 2004, nach der Anpassung an das EU-Recht.*

Zugegeben, dass hier ausschnittsweise beschriebene **Baurechtsverfahren** scheint hier eher etwas für Fachjuristen, oder Baudirektoren zu sein. Das wäre aber zu kurz gedacht, denn wer mitbestimmen will, **muss** informiert sein! Gerade deshalb sollten sich zukünftig wesentlich mehr Bürger mit dem allgemeinen Baurecht auseinandersetzen, um überhaupt nachvollziehen zu können, wo und wie sie sich in das „Gestaltungsverfahren“ einbringen können. Ein positiver Schritt in die richtige Richtung sind z. B. organisierte die sog. „Bürgerforen“, die wie man derzeit feststellen kann, immer mehr eigenständig „Fahrt aufnehmen“! Sinn solcher Bürgerforen ist vor allem das Erarbeiten von Vorschlägen und Forderungen, um die Politik oder das Behördliche Handeln vor Ort zu unterstützen. Zugleich ist ein gut organisiertes Bürgerforum vor allem ein Gremium, welches zu jeder Zeit überprüfen kann, ob die Bürgerforderungen nicht nur in die Masterpläne einfließen, sondern auch vor Ort tatsächlich umgesetzt werden.



Herr Dr. Gütter, Herr Conrad, Herr Langbehn und Herr Butenschön

### Zum weiteren Ablauf der Veranstaltung:

Der Ablauf der Informationsveranstaltung verlief nach dem Beamervortrag als Frage und Antwortspiel. Dabei waren die meisten Publikumsbeiträge stets mit einer vorangegangenen - teils heftigen - Kritik an den vorgestellten Planungsergebnissen verbunden. In hohem Maße wurde beanstandet, dass erst die Fragen zahlreicher Gäste der Veranstaltung gesammelt wurden, um erst dann (auch nach erfolgter Kritik) eine Antwort gegeben wurde.

Weil die Antworten für das Publikum stets nur in sehr kurzen Sätzen - ohne weiteren Erklärungen - kamen, machte sich bald Unmut und Unverständnis breit. Weil noch hinzu kam, dass einige Fragen wegen der Fülle der gesammelten Fragen überhaupt nicht beantwortet wurden, wurde die allgemeine Stimmung immer schlechter.

Hier hätte eine „**externe Moderration**“ gut getan, die alle Fragen gesammelt hätte, um diese in Ruhe abarbeiten zu können. Dadurch hätte man auch vermeiden können, dass viele der Besucher aus Protest den Veranstaltungsraum vorzeitig verließen. Eine weitere gute Unterstützung wäre ferner gewesen, wenn ein sog. „**Sofortprotokoll**“ (mit Stichworten oder kurzen Sätzen) als Gedächtnisstütze für Fragen und Antworten geführt wäre worden, welches per Beamer auf der Leinwand erscheinen hätte erscheinen können.



## Bürger reagierten auf die vorgestellten Planungsergebnisse auf ihre eigene Weise ...

Die Altonaer und Touristen staunten nicht schlecht, als Sie um den **29. Januar 2012** über den Goetheplatz spazierten, um von dort in die Neue Gr. Bergstraße gelangen zu können und umgekehrt.

Denn ein Blick auf die dort befindliche - mit Betonplatten gepflasterten - Wegefläche zeigte, dass dort vor und hinter der SEB-Bank derzeit unbekannte Bürger mit weißer Farbe und entsprechend breiten Pinseln Linien, Worte und Zahlen auf die Betonplatten gemalt hatten.

War das eine erste ernst zu nehmende Reaktion auf die Veranstaltung am 25. Januar im Kollegienaal des Altonaer Rathauses? Die Vermutung liegt hier ziemlich nahe.

Denn die Linien zeigten dem Publikum nun auf, welche riesigen Ausmaße das an der „Bergspitze“ geplante Hochhaus haben wird und wie viel Platz vom eigentlichen Goetheplatz durch den Neubau verschwinden wird.

Nur die sechsgeschossig geplante Höhe konnte wohl nicht dargestellt werden. Die muss man nun „erahnen“. Hier einige Bilder zur Erinnerung an diese „Protestmalerei“, die ja eigentlich eine Sachbeschädigung im Sinne des StGB darstellt! In jedem Falle wurden dadurch auch viele Menschen für die Umgestaltung des Goetheplatzes sensibilisiert, die nicht bei der o. a. Veranstaltung zugegen waren.



Hier endet die Bemalung in der Neuen Gr. Bergstraße - rechts, wenn man vom Goetheplatz kommt. Hier wird aufgezeigt, wie weit das neue Gebäude in den bisherigen Gehwegbereich hineinragen wird

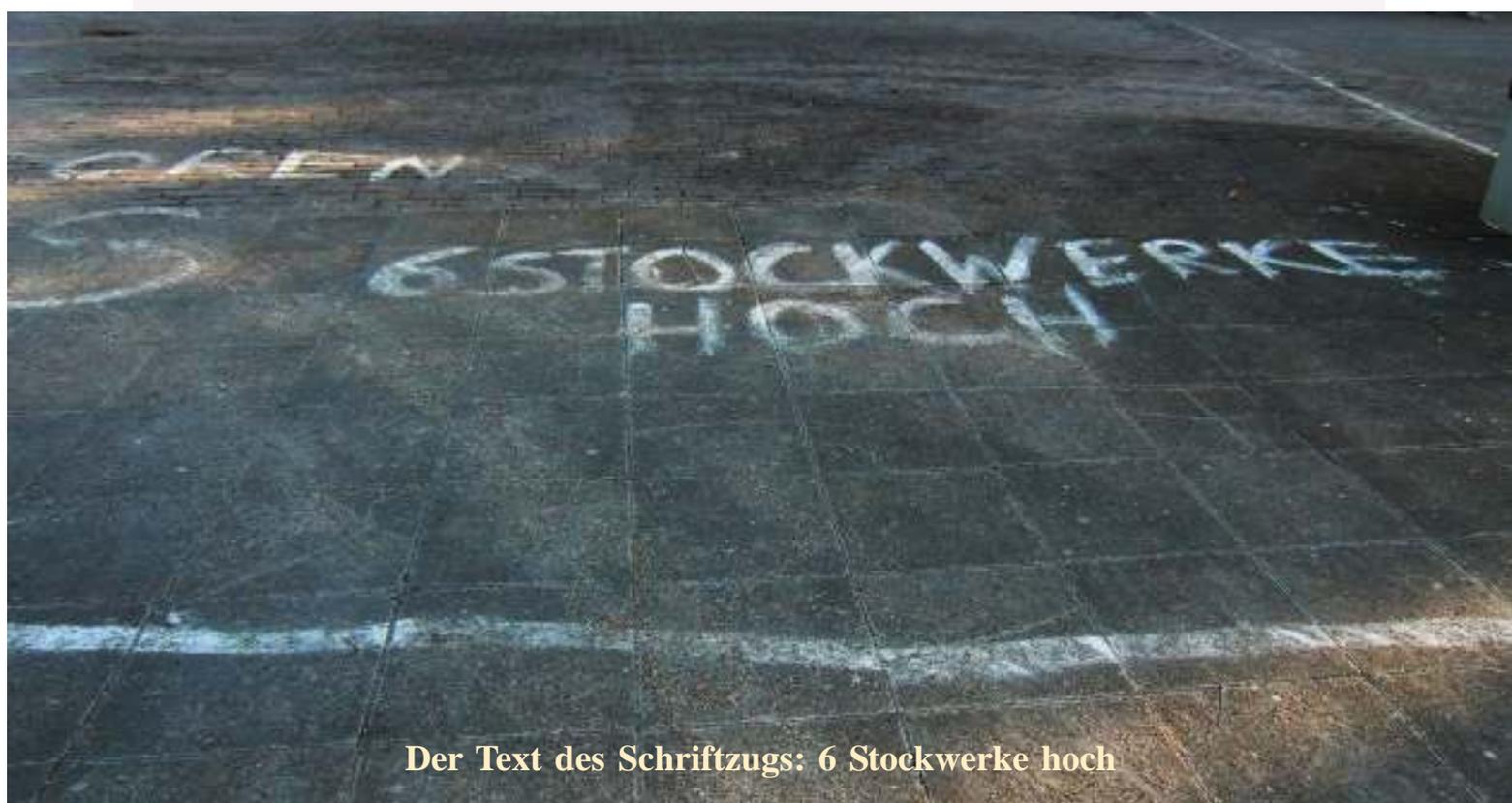


**Hier wurde die Ecke Goetheplatz / Gr. Bergstraße mit Linien und Informationen bemalt. Die Malqualität schließt wohl eine „behördenorientierte Bemalung“**



**Die bemalten Gehwegflächen auf dem Goetheplatz**





**Der Text des Schriftzugs: 6 Stockwerke hoch**



**Der Text des Schriftzugs: Investorenhaus**

# *Der unvermeidliche Teilumzug im Stadtarchiv auf einer Baustelle*

im Februar 2012

von Wolfgang Vacano



Foto: W. Vacano, Altonaer Stadtarchiv ©

Vor dem neuen Domizil in der Max- Brauer-Allee / Hospitalstraße



**Das fleißige Umzugsteam des Altonaer Stadtarchivs: v. l. n. r.:**  
**Norbert Appenrodt, Kevin Axt, Frank Hoppe, Kerstin Beetz -**  
**nach dem erfolgreichen Teilumzug ...**

# *Der unvermeidliche Teilumzug im Stadtarchiv auf einer Baustelle*

## **Ein notwendiger Teilumzug für die Sanierung auf einer Baustelle ...**

Von Wolfgang Vacano

Nach fast elf Monaten langer Wartezeit war es gegen Ende Januar 2012 endlich soweit. Man begann mit den Planungen für den Umbau der Räumlichkeiten im neuen Domizil an der **Max-Brauer-Allee 134**. Zuvor hatte einige Planungen gegeben, wie und von wem und unter welchen Umständen die Räumlichkeiten saniert werden könnten.

Zuvor hatte ein Treffen im Dezember 2011 mit Herr Pusch und Herrn Petschke Hoffnungen geweckt, dass es nun endlich so weit sein könnte, dass es mit der Sanierung voran gehen würde.

Herr Petschke sagte zu, in den ersten Tagen des Jahres **2012** damit beginnen zu wollen, die ersten Ausschreibungen an interessierte Firmen zu versenden. So geschah es dann auch.

Im Verlaufe der Ausschreibungen wurde das Altonaer Stadtarchiv darum gebeten, einen „**Steckdosenplan**“ für alle Räume für den Elektriker anzufertigen. Dies geschah dann auch umgehend, um wenigsten auf dieser Seite keine schuldhaften Verzögerungen zu produzieren. Um dieses Ziel umgehend auch erreichen zu können, erhielt Herr Petschke umgehen dieses Informationsschreiben:

### **Steckdosenplan des Altonaer Stadtarchivs**

Sehr geehrter Herr Petschke,  
vielen Dank für die Kopie eines Lageplans für die zukünftigen Räume des Altonaer Stadtarchivs.

Da der Plan an einigen Stellen nicht mit der tatsächlichen Gestaltung einiger Räumlichkeiten übereinstimmte, habe ich diesen verändern müssen, um alle Steckdosenwünsche des Altonaer Stadtarchivs eintragen zu können.

Insgesamt 39 Wünsche nach Steckdosenplätzen wurden in den Plan eingefügt. Es sind deshalb überdurchschnittlich viele Steckdosen. Jedoch spielt gerade die Stromversorgung für Beleuchtung, Arbeitsplätze und mehr eine entscheidende Rolle.

Viele davon müssen für die zukünftige Entwicklung des Altonaer Stadtarchiv direkt vorgehalten werden, um spätere „Einbauten“ vermeiden zu können.

### Hinweis:

Bei der Steckdosenplanung spielen die nummerierten Steckdosen 13 und 14, 15 und 16, 19 und 20 eine entscheidende Rolle. Dabei sollen die Steckdosen jeweils übereinander angebracht werden. Dabei soll z. B. die Steckdose 13 in etwa 40 cm Höhe und die Nr. 14 in einer Höhe von ca. 2, 15 m angebracht werden. Dies gilt analog auch für die anderen hier erwähnten Steckdosen, wobei die hohen Steckdosen z. B. als Stromanschluss für vier 2 m hohe Glasvitrinen dienen werden.

Uns wäre es deshalb ganz besonders wichtig, die Gesamtsituation mit dem ausführenden Elektriker direkt vor Ort besprechen zu können. Es wäre prima, wenn Sie das organisieren könnten. Denn gerade die elektrische Ausstattung ist für das Altonaer Stadtarchiv von zentraler Bedeutung! Da darf nichts dem Zufall überlassen werden. Was ist mit der Beleuchtungssituation z. B. im Flur? Wir möchten auch dort gern eine gute Lösung, da wir die langen Wände als Ausstellungsflächen nutzen möchten. Das muss unbedingt mit berücksichtigt werden.

Anbei finden Sie den Lageplan für die Steckdosenplätze als PDF-Format.

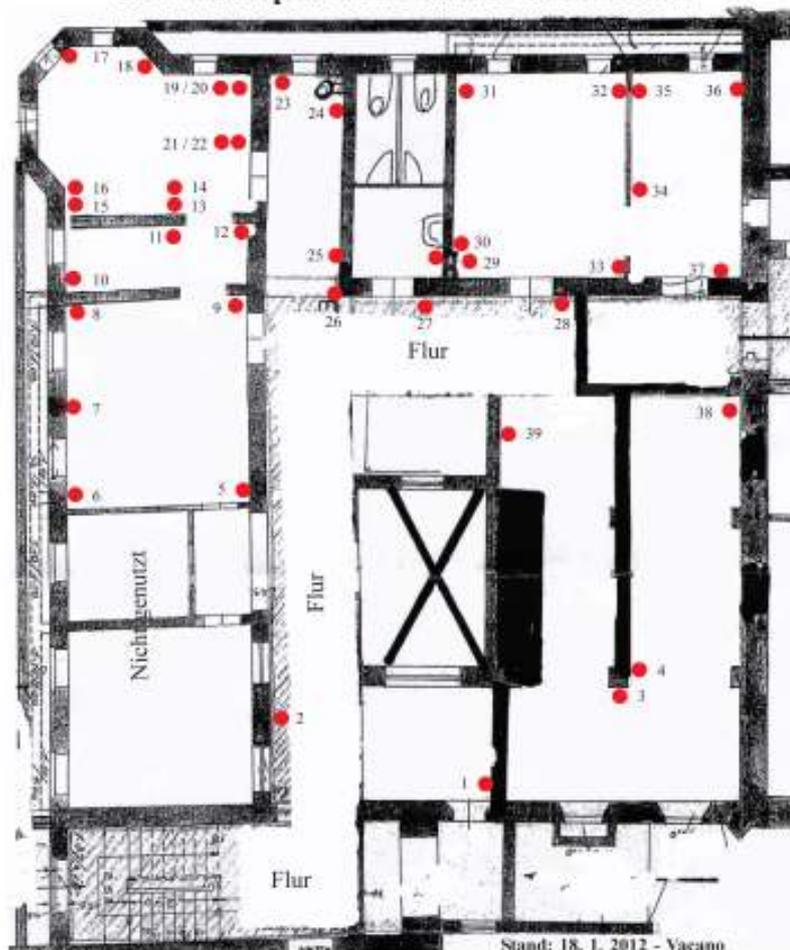
Es grüßt Sie herzlich Ihr  
Wolfgang Vacano  
Altonaer Stadtarchiv

Zur besseren Information für den Elektriker wurden noch alle Steckdosenplätze auf den Wänden zeitaufwendig markiert.

Schon einige Tage später war es dann soweit. Es gab ein weiteres Treffen mit Herrn Petschke, der den Elektriker und den Fußbodenleger gleich mitgebracht hatte. So konnte sowohl die sehr wichtige Verwirklichung des umfangreichen Steckdosenplans als auch die Auswahl des Fußbodenbelags (inkl. der Farbgebung) abgestimmt werden.

Siehe rechts!

### Steckdosenplan des Altonaer Stadtarchivs



Die Zeichnung vom Steckdosenplan für die Räumlichkeiten des Altonaer Stadtarchivs

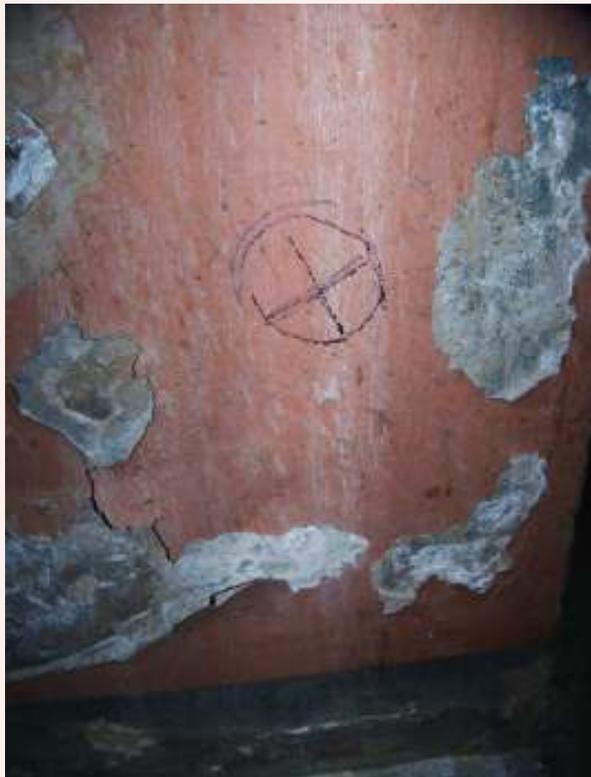


Dabei sollte der Fußboden hell und freundlich gestaltet werden. Nun raten Sie einmal, welche

Farbe für den Fußbodenbelag ausgesucht wurde. Sie haben die Wahl!



**Der Elektriker (links, Herr Petschke (Mitte) (rechts) der Fußbodenfachmann**



**Der aufgemalte Steckdosenplatz**

### **Zum Umzugsgeschehen selbst**

Doch bevor diese Vorhaben in die Tat umgesetzt werden konnten, mussten erst einmal die Maurer ran, um alle Mauer-schäden wie Löcher und Beseitigung die sehr umfangreichen Salpeterschäden durch Durchblühungen zu beseitigen.

Hier kam wieder der nette Herr Scharmer und sein ebenso netter Kollege zum Einsatz, die schon die ersten Maurerarbeiten, wie das Einziehen einer Wassersperre in die Außenwände des Hauptraums bewerkstelligten.

Als erster Raum wurde der saniert, der am wenigsten handwerklichen Aufwand erforderte.

Dabei handelte es sich um den Raum, der von Anfang an ausschließlich als Lager-raum für Archivalien in Schränken und



**Herr Scharmer und sein Kollege bei der Sanierungsarbeit**



**Herr Wolter beim Bemalen einer Archivtür**

Regalen vorgesehen war - der sich ganz hinten rechts befand. Gleichzeitig wurde auch der zum Raum führende Flur saniert, in dem z. B. eine zuvor in Deckenhöhe geschlossene Treppe mittels einer Bauplatte verschlossen wurde. Zeitgleich wurde auch die alte Zugangstür zum Flur durch eine Stahltür ersetzt. Danach begann der Maler, Herr Wolter, mit seinen Malerarbeiten in diesen Räumlichkeiten. Als die Malerarbeiten an dieser Stelle abgeschlossen waren und weil alle anderen Räumlichkeiten gleichzeitig - in einer bestimmten Reihenfolge - saniert werden sollten, mussten die Mitarbeiter des Stadtarchivs in den sehr sauren Apfel beißen und einen dadurch notwendig gewordenen „Umzug“ durchführen.

## Impressionen vom Malgesehen ...



Dabei waren die Sanierungsarbeiten schon in einzelnen Räumen recht weit gediehen. Doch da überall z. B. Putz und mehr von den Wänden und den Decken abgeschlagen worden war, lag der Bauschutt und der noch nicht ausgeräumte Unrat noch überall herum. Der Baustaub war dementsprechend intensiv. Man stelle sich einmal vor, das Hamburger Staatsarchiv müsste unter diesen Umständen umziehen? In einem Haus, wo selbst die Luftfeuchtigkeit und die Dauertemperatur strengstens geregelt wird, um den Archivalien nicht zu schaden.

Aber in Altona, wo eben auch wertvollstes Kulturgut gelagert werden soll? Sehen Sie sich deshalb einmal die Bilder dieser Dokumentation unter diesen Aspekten an!

Hier konnte und musste das Ziel einfach einfach nur lauten, den möglichen Schaden so gering wie möglich zu halten. Denn das würde schon ein großer Erfolg unter diesen Umständen sein, oder? Ob es wohl gelingen kann? Man konnte es nur noch hoffen!



In diesem desolaten Zustand befand sich noch der spätere Empfangsraum. Selbst auf dem Objektiv der Kamera hatten sich hier zahlreiche der unzähligen Staubpartikel niedergelassen, wie die Punkte nachweisen, vom Staub auf den Archivalienkisten ganz zu schweigen ...

### **Der Umzugstag**

Am Dienstag, dem 7. Februar 2012 traf sich das Umzugsteam des Altonaer Stadtarchivs, bestehend aus den fleißigen Helfern, Norbert Appenrodt, Kevin Axt, Kerstin Beetz, Frank Hoppe und Wolfgang Vacano.

Im wahrsten Sinne des Wortes erwartete das Team ein wahrer Berg von Arbeit. Denn zwei - teilweise bis unter die Raumdecke voll gepackten Räume mussten nun nach und nach leer geräumt werden, um die zeitnahe Sanierung ermöglichen zu können.

Gott sei Dank, gab es an diesem Tage keinen Zeitdruck, außer, dass der „Umzug“ an diesem Tage zu erledigen war, um nicht noch einen weiteren Tag investieren zu müssen.

Gut war, dass gleich mehrere „Transportfahrzeuge“ (Sackkarre und „Hund“) für die große Zahl der Umzugskartons zur Verfügung standen. Nun konnte trotz des Staubes und Schmutzes endlich es losgehen. (Siehe das Bild unten.)

Doch bevor der erste Umzugskarton überhaupt transportiert werden konnte, musste erst einmal der sehr schwere Eisenschrank, der schon beim Hintransport wegen seines Gewichts und seiner Ausmaße für größere Probleme gesorgt hatte, auf seinem neuen Stammplatz aufgestellt werden, damit er während des Umzugs nicht immer im Wege steht. Dabei mussten u. a. die etwa zwanzig riesigen und schweren Schubladen, in



### **Die von der Staubfolie befreiten eisernen Schubladen des „Kartenschrank“**

denen die z. B. wertvolles Kartenmaterial und einzigartige Luftaufnahmen und viel, viel mehr befanden, von einem Raum in den anderen getragen werden.



**Der Kartenschrank auf seinem neuen Standplatz, der dann dort auch stehen bleibt ...**

Als der Schrank endlich komplett aufgestellt war, wurde mit dem Transport der teilweise großen und sehr schweren Umzugskartons begonnen werden. Was für eine Plackerei - trotz der Transportunterstützung durch Sackkarre und Co. Es lässt sich denken, dass das Herunternehmen der Kartons über Brusthöhe und das erneute Aufstapeln kein Zuckerschlecken sein konnte.

Hinzu kam die Besorgnis, dass nicht alle Umzugsmaterialien in den Ausweichraum hineinpassen könnten. Das hatte zur Folge, dass das erneute Aufstapeln sehr, sehr platzsparend erfolgen musste. Eine noch zusätzliche Einschränkung, die danach doch die eine oder andere Minute Zeit kostete.

Aber zuletzt hatte sich dieser große Aufwand sehr gelohnt, denn es war dem Team mit gemeinsamen großen Kraftanstrengungen gelungen, alle Archivalien, Kartons und anderen Gegenstände im Ausweichquartier unterbringen zu können.

Hier noch einige Impressionen vom Zwischenumzug, die nicht vergessen werden sollten und die Gesamtsituation des Sanierungs- und Umzugsgeschehens noch ein wenig besser darstellen sollen, als zuvor mit den wenigen Bildern.

Denn auch diese Darstellungen gehören zweifellos zu der bisherigen bemerkenswerten Geschichte des Altonaer Stadtarchivs, die bisher übervoll von solch beeinträchtigenden Umständen ist.

Aber, wie heißt es so schön: „Man wird auch daran gemessen, wie man mit solchen Schwierigkeiten umgeht!“ Wer unsere Geschichte kennt, wird wissen, dass wir jedes Mal gestärkt aus solch misslichen Situationen „aufgestanden“ sind.

Also ist auch jetzt und hier im Februar 2012, nach elf langen und quälenden Monaten, ein gesunder, pragmatischer Optimismus vorhanden, der bislang dringend notwendig war, um alle Misslichkeiten bei den Rahmenbedingungen, für die man bislang keinerlei Verantwortung trug, zu überstehen!

Ist denn etwa schon ein Umzugstermin für den Umzug vom Zwischen-domizil in der Behringstraße 28 in die Max-Brauer-Allee 134 in Sicht? Ja! Die bisherigen Umstände nähren derzeit die Hoffnung, dass wir um den ersten Mai 2012 unsere erneute Eröffnung an dieser Stelle feiern können. Na, das ist doch auch etwas, oder? Wir werden darüber berichten.



Hier wird gerade die Toilette mit viel Staub und Schutt saniert



**Kerstin Beetz**



**Frank Hoppe und Norbert Appenrodt**



**Kevin Axt**



**Ein Teil des langen Flurs. Hier soll einmal eine Fotogalerie entstehen!**



Hier sind bereits größere Mengen der in diesem Raum gelagerten Archivalien heraus genommen worden. In diesem Augenblick war vielleicht ein Viertel des Umzugs geschafft ...



**Der wichtige Eisenschrank wird eingeräumt - eine Gemeinschaftsarbeit**





**Hier werden die Umzugskartons ihrer Größe nach aufeinander gestapelt. Eine schwere Arbeit, da einige Kartons mehr als einen halben Zentner wogen, um platzsparend stapeln zu können**



**So sah der „Lagerraum“ nach dem Auszug aus**



**Jede kleine Ecke oder Nische musste als  
Gelas für die Archivbestände herhalten**

**Quelle: Fotos, Texte und Layout  
von Wolfgang Vacano ©**



**Es wurde immer voller ...**

**Zuletzt wartete das  
Bismarck-Bad-Signe´,  
welches bereits seit Jahren  
zum Archivbestand des  
Altonaer Stadtarchivs  
gehört, darauf erneut  
aufgehängt zu werden!**

**Man darf gespannt sein.**



*Architekt Fritz Höger aus Hamburg  
baute einst auch in Altona ...*



Große  
Bergstraße 58-60

Ecke  
Präsidentenweg

**KAUFHAUS**  
**BUSSE**  
**ALTONA**  
im neuen Gewande

*Neue Leitung — Neue Leistung*





Fotoquelle: Altonaer Stadtarchiv mit  
Genehmigung des Eigentümers ©

**Um 1937 herum feierte das Kaufhaus Busse mit der markanten Werbung  
sein 25-jähriges Bestehen am Standort**

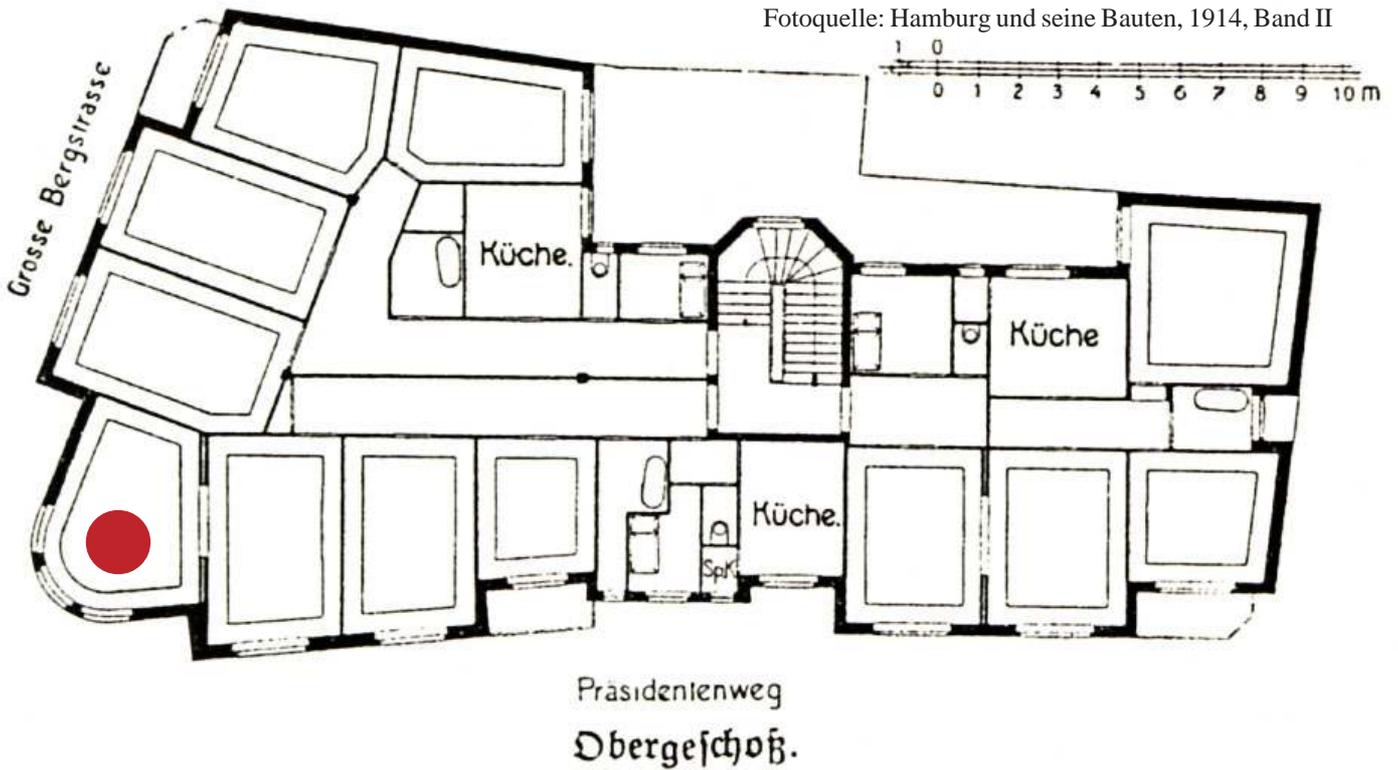
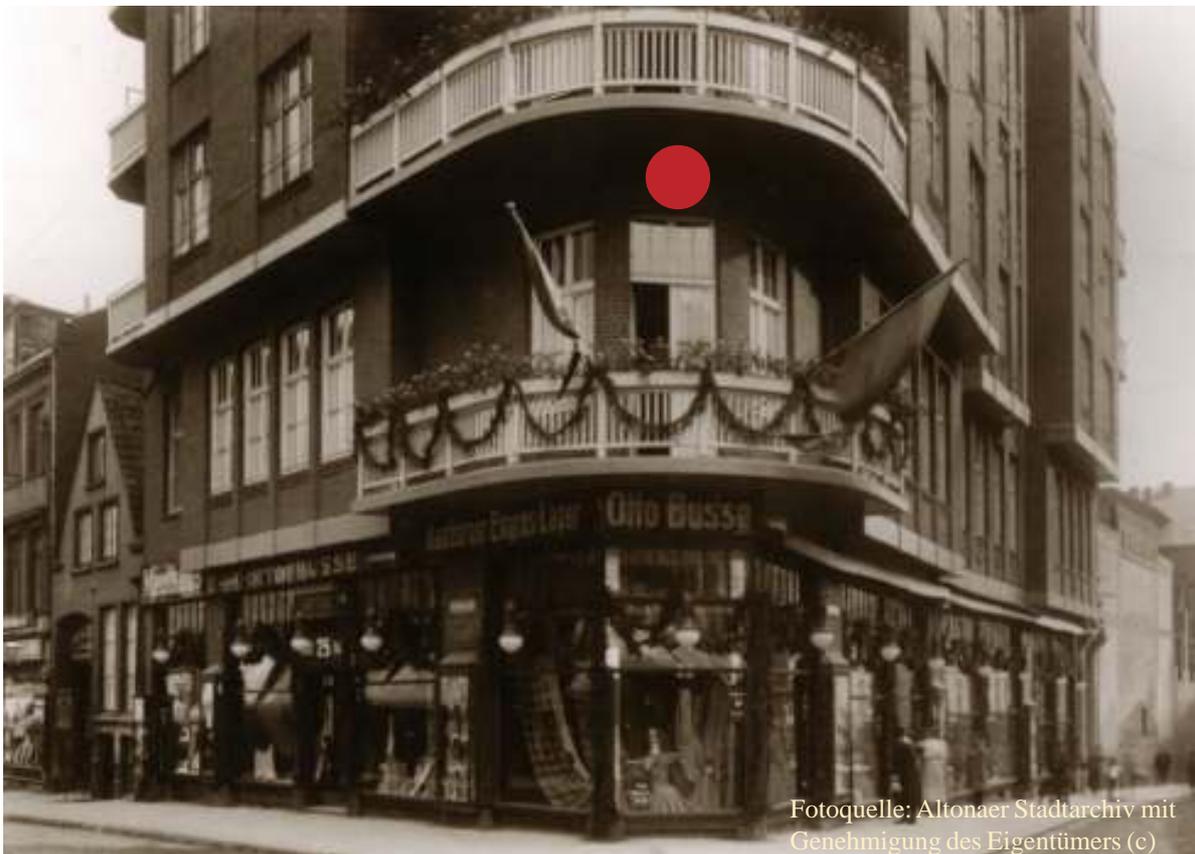


Abb. 1169 und 1170. Wohn- und Geschäftshaus  
Ecke Große Bergstraße und Präsidentenweg.

Architekt Fr. Höger.



Die Ansicht der vorderen Unterseite der Gebäudefront. Der rote Punkt markiert die Spitze des Gebäudes. Da die beiden Fotos im Hamburger Architektenarchiv unbekannt waren, konnten wir damit auch dort eine kleine Lücke schließen. Ist das nicht prima?



## Impressum

Altonaer Stadtarchiv e. V.  
Leitung: Wolfgang Vacano  
Behringstraße 28 • 22765 Hamburg  
Tel.: 040-50 74 72 24  
Mail: [kontakt@altonaer-stadtarchiv.de](mailto:kontakt@altonaer-stadtarchiv.de)  
[www.altonaer-stadtarchiv.de](http://www.altonaer-stadtarchiv.de)